



Frankreich

## Joëlle Aubron ist tot

*Wir dokumentieren einige Schreiben zum Tode von Joëlle Aubron, ehemalige Gefangene aus Action Directe.*

### Redaktion So Oder So

In der Nacht zum zum 1. März verstarb die Genossin Joëlle Aubron nach langer Krankheit. Nach 17 Jahren Haft, die letzten Jahre im Gefängnis von Bapaume (Pas-de-Calais), war Joëlle Aubron am 14. Juni 2004 freigelassen worden. Vorzeitig, weil das Ex-Mitglied von Action Directe (AD) im Knast an Krebs erkrankte, an dem sie jetzt auch starb. Verurteilt war die nur 47 Jahre alt gewordene Joëlle Aubron u.a. wegen Teilnahme an den Aktionen der französischen Stadtguerillagruppe Action Directe aus den Jahren 1985 und 1986 gegen General René Audran, Generalinspektor der Armee, und Georges Besse, Chef von Renault. Beide wurden bei den Aktionen getötet. Joëlle Aubron hatte dafür, wie auch ihre Ge-

noss/innen aus AD, „Lebenslänglich“ bekommen.

Mit Mut und Ausdauer kämpfte Joëlle Aubron nach ihrer Haftentlassung gegen den Krebs und wollte sich von ihm nicht besiegen lassen. Das hieß für sie auch, sich von dem Krebs nicht dominieren zu lassen, was in den letzten Monaten immer schwerer wurde. Sie versuchte weiter mit ihren noch gefangenen Genoss/innen Jean-Marc Rouillan, Nathalie Ménigon und Georges Cipriani die Initiative in der Kampagne für ihre Freilassung zu behalten. So starteten sie noch im Januar 2006 einen gemeinsamen Aufruf anlässlich des Beginns des 20sten Haftjahres und riefen zu Solidaritätskundgebungen vor den Gefängnissen am 25 Februar auf. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir haben zusammen den gemeinsamen Feind bekämpft, und wir haben Tag für Tag die gleiche Gefängnisgewalt ertragen. Unsere Gemeinschaft ist untrennbar. Über ihn solidarisieren wir uns mit allen Genossinnen und Genossen der revolutionären, antiimperialistischen Linken, die es ablehnen, ihre Engagement und ihre vergangenen Aktionen zu verleugnen.“

Vor den Gefängnissen in Ensisheim und Bapaume demonstrierten ca. je hundert Menschen im Schneetreiben, und in Lannemezan waren es an die 250. Feuerwerk, Kracher, Heliumballons flogen über die Knäste. Die drei Demozüge forderten die Freilassung der Gefangenen aus Action Directe.

Joëlle Aubron starb wenige Tage nach diesem Aktionstag. Wir werden sie in Erinnerung behalten als unermüdliche Aktivistin.

### Batasuna

Wieder einmal hat das französische Gefängnisssystem getötet. Auch wenn Joëlle zum Zeitpunkt ihres Todes nicht mehr inhaftiert war, so sind doch die verheerenden Haftbedingungen des französischen Staates, die erneut in dem Bericht von Gil Robles (UNO-Berichterstatter) angeprangert wurden, verantwortlich für ihren Tod.

Verschärfte Bedingungen für politische Militante, vor allem langfristige Isolation, die Verunmöglichung eines Zuganges zu ärztlicher Versorgung, die ungleiche An-



Am 25. Februar war auf Kundgebungen vor den Gefängnissen von Bapaume, Ensisheim (Bild) und Lannemezan mit ca. 350 Menschen die Freilassung der Gefangenen aus AD gefordert worden (siehe auch nächste Seite)

Am 28. Februar wurde der Antrag von Jean-Marc Rouillan auf Freilassung auf Bewährung erneut abgelehnt.

wendung des Kouchner-Gesetzes (für Papon, aber nicht für die Gefangenen aus Action Directe oder baskische Militante) etc.

## Collectif „Ne laissons pas faire!“

### Hommage an Joelle Aubron

Unsere Genossin Joëlle Aubron, Militante aus Action directe, ist am ersten März gestorben

Das Collectif „Ne laissons pas faire!“ lädt Euch dazu ein, am öffentlichen Gedenken für sie teilzunehmen, das am Samstag, den 18. März stattfinden wird:

– um 13 h, am Pariser Friedhof Père-Lachaise: Treffen am Eingang

– rue des Rondeaux (métro Gambetta, Linie 3)

– von 16 h bis 20 h im Théâtre „La Belle Etoile“ (La Plaine-Saint-Denis): Vorführung des Films, der mit Joëlle gemacht wurde und in dem sie ihr revolutionäres Engagement nachzeichnet. Es folgen Beiträge von Militanten.

## Rote Hilfe des Revolutionären Aufbau Schweiz

Mit Trauer und Wut mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass Joëlle am Nachmittag des 1. März an den Folgen ihrer Krebserkrankung gestorben ist.

Als Militante von Action Directe wurde am 16. Juli 2004, nach bereits fortgeschrittener Krankheit, ihre Haft unterbrochen. Der französische Staat wollte keine tote revolutionäre Gefangene und hat sie erst dann rausgelassen, als jede medizinische Hilfe längst zu spät war.

Joëlle jedoch hat mit der gleichen Kraft und Mut gegen die Krankheit gekämpft, mit der sie im Knast widerstanden hat. Seit ihrer Haftaussetzung kämpfte die Revolutionärin gegen den Krebs und für die Freilassung ihrer und anderer gefangenen GenossInnen!

Seit ihrer Verhaftung 1987 haben die Gefangenen von AD gegen die verschärften Isolations- und Sonderbedingungen mit verschiedensten Mitteln gekämpft, sich mit anderen Kämpfen solidarisiert und immer wieder aktiv in laufende Debatten eingeklinkt. Die harten Haftbedingungen haben bei allen schwere physische Spuren hinterlassen, alle sind schwer krank.

Die beste Art, die große Achtung vor Joëlle revolutionärer Geschichte zum Ausdruck zu bringen, ist, mit noch mehr Entschlossenheit für die Freiheit revolutionärer Gefangener zu kämpfen.

Joëlle, die kraftvolle und bewusste Entschlossenheit, mit der Du den Kampf gegen Staat, Kapital und für eine kommunistische Alternative geführt hast, wird in unseren weiterleben.

## Knastsendung Gittersäge

Liebe companeras und companeros, mit großer Trauer haben wir über den Tod von



Joëlle Aubron erfahren. Wir wissen es: Knast tötet! In diesem Augenblick jedoch wird uns diese Wahrheit in seiner ganzen Härte bewusst.

Wir von der Knastsendung Gittersäge kämpfen dafür, dass jene, welche seit 20 Jahren in den Knästen sitzen, nicht vergessen werden. Wir kämpfen dafür, dass die Stimmen jener, die für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung kämpfen, nicht vergessen werden.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

## Bilanz des 25.2.2006

Drei Kundgebungen wurden vor den Gefängnissen abgehalten, in denen die drei Militanten aus Action directe und Georges Ibrahim Abdallah, ein kommunistischer arabischer Militanter, gefangen sind. Alle könnten seit mindestens einem Jahr freigelassen werden.

Circa je hundert Menschen waren in Ensisheim (Bild) und Bapaume im Schneetreiben, an die 250 waren in Lannemezan. Feuerwerk, Kracher, Heliumballons flogen über die Knäste. Die drei Demozüge forderten die Freilassung der Gefangenen aus Action Directe und von Georges Ibrahim Abdallah, alle drei Geiseln des französischen Staates. Das Kollektiv für die Freilassung hebt die dauernde Erpressung „Abschwören gegen Freilassung“ hervor. In Lannemezan fasst Charlie Bauer, ein ehemaliger Langstrafengefangener, die Situation gut zusammen: „Die Herrschenden halten die Genossin und die Genossen aus AD nicht für das, was sie getan haben, im Gefängnis, ihre Strafe ist abgeleistet. Sie sind weiterhin wegen ihrer Ideen in Haft. Sie sollen abschwören und auf das spucken, was sie waren und was sie heute noch sind.“ Bei den Demonstrationen kamen Ehemalige aus Action Directe, Militante aus dem Baskenland, Belgien, der

Schweiz, Deutschland, Italien, dem Libanon und Palästina zusammen – ebenso Persönlichkeiten und Repräsentanten aus Gewerkschaften und Politik und Unterzeichner einer Petition für die Gefangenen, die zu diesem Anlass veröffentlicht worden war.

## Dokumentiert: Solidaritätserklärung von Marco Camenisch

Für die Solidaritätsinitiative vom 25. Februar 06 in Frankreich zur Befreiung der gefangenen revolutionären GenossInnen von AD, von Ibrahim Abdallah, von allen weiteren in Frankreich durch politische Terrorurteile verurteilten spanischen und baskischen GenossInnen, von den beiden italienischen Genossen der (n)KPI und allen anderen politischen Gefangenen drücke ich hiermit meine solidarische Teilnahme aus.

Solidarisch mit allen Gefangenen fordere ich dazu auch wieder einmal die Befreiung aller Gefangenen, die Zerstörung aller Knäste und jeglicher Herrschaft über Menschen und Natur auf dieser Welt ein. Ein gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die immer schärfer und dreister werdende modernisierte nazifaschistische Repression in der EU und überall wird immer wichtiger und notwendiger. Die immer mörderischeren Bedingungen, die das Kapital in seiner Krise durch verstärkte Ausbeutung und Repression im Knast Gesellschaft, im Knast selbst allgemein und darin besonders gegen die politischen Gefangenen herstellt, fordern nicht nur eine Verstärkung unseres gemeinsamen Kampfes dagegen, sondern auch seine entsprechende Verschärfung auch in der imperialistischen Metropole heraus! Mit revolutionärer Liebe, Kraft und Wut, für Gerechtigkeit und Freiheit!

Marco Camenisch, Gefängnis Regensdorf, Schweiz, 19. Februar 2006

# 18. März 2006 Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen und gegen staatliche Repression

Am 18. März ist der Tag der politischen Gefangenen. Wir wollen an diesem Tag bundesweit durch verschiedene Veranstaltungen, Kundgebungen, Demos und Knastspaziergänge auf die stetig ausgeweiteten Methoden der staatlichen Repression im Allgemeinen und die Situation der politischen Gefangenen im Speziellen aufmerksam machen, Solidarität ausdrücken und die Initiative ergreifen.

Dieser Aufruf zum 18. März 2006 ist die gemeinsame Initiative der Gruppen: Antifaschistische Linke International >A.L.I.< Göttingen, Autonome Antifa Lüdenscheid (AAL), Gruppe Internationale Solidarität

(GIS) Magdeburg, Radikale Linke Nbg., Bundesweite Kampagne Libertad!, Revolutionäre Aktion Stuttgart (RAS), Rote Aktion Kornstraße (RAK) Hannover, Organisierte Autonomie Nbg.

„What is the State? The State is this organized bureaucracy. It is the police department. It is the Army, the Navy. It is the prison system, the courts, and what have you. This is the State - it is a repressive organization.“ Dead Prez (american hiphop crew)

Repression ist weltweit alltäglich. Sie ist alltäglich, weil sich täglich Menschen weh-

ren, weil Menschen weltweit mit miserablen Lebensbedingungen des kapitalistischen Systems klar kommen müssen. In einem System, in dem es nie um die Bedürfnisse des Menschen ging oder geht, finden Menschen weltweit alternative Konzepte zur eigenen Lebenssicherung. Da wird geklaut, gehehlt, schwarz gefahren, sich eingeschleust, besetzt, krank gemacht, sich illegal Aufenthalt genehmigt, gedealt, getrickst, ... Individualisiert kämpfen sich Menschen täglich durch eine kapitalistische Realität.

Dadurch sind viele Menschen weltweit von unterschiedlichster Repression betroffen →

## Droht Eva Haule, Gefangene aus der RAF, Beugehaft?

**Eva, 51 Jahre alt, wurde 1986 verhaftet. Zunächst zu 15 Jahren und später in einem weiteren Prozeß zu lebenslänglich - Mindesthaftzeit 21 Jahre - verurteilt, d.h. frühestens 2007 kommt sie raus. Abgeurteilt ist sie wegen der Aktionen gegen die Nato-Shape-School in Oberammergau und die Rhein-Main-Airbase Frankfurt u.a.. Seit 2004 absolviert Eva als Freigängerin eine Fotoausbildung. Wir dokumentieren ein Interview mit ihrem Rechtsanwalt.**

*Ich spreche mit ihrem Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck aus Berlin. Warum droht Eva Beugehaft?*

Im letzten Jahren ist im Rahmen der Ermittlungen zu den bisher unaufgeklärten Straftaten, die der RAF zur Last gelegt werden, Eva Haule als Zeugin nach Karlsruhe zum Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH) vorgeladen worden. Dort wurden ihr Fragen zu den Taten gestellt, für die sie bereits abgeurteilt wurde. Also der Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Airbase und die Ermordung des GI Edward Pimental am 8.8.85 sowie einen Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Diesbezüglich wurden ihr Fragen gestellt, als Einstieg, um die weiter beteiligten Personen an diesen Handlungen herauszubekommen und gegebenenfalls weitere Straftaten, die der RAF zur Last gelegt werden, aufzuklären.

Eva Haule hat auf unseren anwaltlichen Rat hin die Beantwortung jeder dieser Fragen grundsätzlich verweigert. Wir haben so argumentiert, dass sie sich mit der Beantwortung jedes kleinen Details auch schon zu den bereits abgeurteilten Taten der Gefahr aussetzen würde, dass sie neue Verfahren für die Straftaten bekommt, die bisher nicht abgeurteilt wurden, und das sind mindestens 3 Tö-

tungsdelikte. Da besteht die Gefahr, dass, wenn Eva Haule sich näher zu der inneren Struktur der RAF äußern würde und dem Begehungsmodalitäten der alten Straftaten, daraus Rückschlüsse gezogen werden könnten für die bisher ungeklärten Straftaten. Das war unsere Argumentation.

Der Ermittlungsrichter beim BGH hat diese Begründung nicht geteilt und einen Beugehaftbeschluss gefällt. Für die Erzwingung des Zeugnisses wurde die Haftdauer längstens für 6 Monate plus 200 Euro angeordnet. Allerdings hatten wir bereits vorher angekündigt, dass wir dagegen mit einer Beschwerde vorgehen, und deswegen hat der Ermittlungsrichter die Vollziehung der Entscheidung ausgesetzt, d.h. also, derzeit ist der ganze Fall noch in der Schwebe.

Wir haben eine Beschwerde eingereicht und darüber muss der BGH, gegebenenfalls das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entscheiden, und es bleibt abzuwarten, wie sie entscheiden werden.

*Noch eine Ergänzung: Birgit Hogefeld, auch eine Gefangene aus der RAF, droht ebenfalls Beugehaft. Der Hintergrund ist der, dass die BAW (Bundesanwaltschaft) bzw. das Bundeskriminalamt (BKA) alle Aktionen der RAF aus den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre kriminalistisch aufklären möchte. Du hast zwar Beschwerde eingelegt, aber angenommen, die BAW würde damit durchkommen, was hätte das denn für Konsequenzen für Eva?*

Zunächst einmal muss der BGH entscheiden, dann würden wir wahrscheinlich auch das BVerfG anrufen, d.h. es werden sich vorher noch zwei Gerichte mit der Frage befassen. Das wollen wir erst einmal abwarten.

Danach wird Eva sich die Frage stellen müssen, ob sie entgegen ihrer bisherigen Praxis zu den alten Straftaten aussagt und einer Beugehaft entgeht. Oder ob sie die Beugehaft in Kauf nimmt und erhebliche Nachteile damit im aktuellen Vollzug, wenn sie die Aussage verweigert.

*Kannst du noch einmal die Nachteile benennen für Eva?*

Sie ist seit 2004 Freigängerin und absolviert jetzt eine Fotoausbildung und würde nach dem jetzigen Vollzugsverlauf wahrscheinlich 2007 entlassen werden. Diese vorzeitige Entlassung wäre gefährdet, wenn sie jetzt ein halbes Jahr in Beugehaft gehen würde und mit dem Vollzug auch wieder Probleme bekommen würde, und ansonsten könnte es auch sein, dass ihre Ausbildung gefährdet wird.

*Du hast schon angedeutet, die Entscheidung steht an. Wann ist damit zu rechnen?*

Das wissen wir nicht. Es ist auch nicht so eilig, weil der Druck vom Ermittlungsrichter beim BGH rausgenommen wurde, weil die Beugehaft außer Vollzug gesetzt wurde.

*Was heißt das konkret?*

Das heißt, dass es nicht gleich vollstreckt wird.

Eva ist als Freigängerin im Zug nach Karlsruhe ohne Begleitung angereist und hat sich der Zeugeinvernehmung gestellt. In guten alten Zeiten - in den 80-Jahren - hätte man gesagt, kommen Sie gleich mit, wir vollstrecken jetzt die Beugehaft. Der Ton hat sich mittlerweile geändert. Es dämonisiert da niemand mehr die RAF-Gefangenen.

Ausdruck dieser geänderten Verhaltensweise, wir warten die Entscheidung des BGH ab. In der Sache ändert das für uns nichts daran, dass wir diese Beugehaftentscheidung für rechtswidrig halten. Wir glauben, dass in einem normalen Betäubungsverfahren, wo wir zu ähnlichen Konstellationen kommen könnten, dort nicht so verfahren worden wäre.

*Das ist richtig, und ich muss des Weiteren ergänzen, dass die RAF sich 1998 aufgelöst hat. Ich denke, wir werden diesen Fall weiter verfolgen. Schönen Dank für das Gespräch.*

Tschüs!

*Das Interview führte die Redaktion Knast und Justiz beim FSK (Freies Sender Kombinat) aus Hamburg.*

fen: Da wird verurteilt, bestraft, entführt, überwacht, ausgewiesen, bekriegt, eingesperrt, vergewaltigt, sicherheitsverwahrt, gezwangsmaßnahmt, abgeschoben, gefoltert, getötet, ... Gleichzeitig wird aufgrund dieser Realität weltweit politisch gekämpft. Nicht mehr vereinzelt, sondern kollektiv in konkreten Tageskämpfen gefordert, erstritten, gekämpft, sabotiert und Widerstand geleistet. Letztendlich soll gemeinsam eine Perspektive einer befreiten Gesellschaft entwickelt werden.

Wir kämpfen gegen die Privatisierung von Trinkwasser, die Vertreibung aus den Konsumzonen, faschistische Aktivitäten, Homophobie, Krieg, Überwachung, Zwangsprostitution und gegen die Logik der Profitmaximierung. Wir stehen auf für eine wirkliche Gleichberechtigung von Mann und Frau, soziale Rechte und Gerechtigkeit, Bewegungs- und Meinungs-freiheit, offene Grenzen, letztendlich für die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Widerstand ist weltweit alltäglich. Er ist alltäglich, weil täglich (in vielen Teilen der Erde eine absolute) Notwendigkeit dafür besteht.

Die Abschiebep Praxis und die damit einhergehende Abschottungspolitik der Europäischen Union sind Ausdruck repressiver Maßnahme gegen Menschen, die aus politischen oder ökonomischen Gründen fliehen müssen. Die organisierten Stürme über die doppelreihigen meterhohen Stacheldrahtzäune der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko verdeutlichen einmal mehr die durch den Norden verursachte Lebensrealität der Menschen im Süden. Durch rigorose Abschiebungen, weitere Verschärfungen in der Asylgesetzgebung und dem Bau von Auffanglagern noch weit vor den EU-Außengrenzen wer-

den Menschen des Südens vom Wohlstand ausgeschlossen und ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Ausgelöst werden Flüchtlingsbewegungen oft durch Krieg. Krieg der nach dem 11. September 2001 in einer allgemeinen Terrorhysterie zur Normalität geworden ist und wahlweise unter dem Deckmäntelchen des humanitären Einsatzes, der Menschenrechte oder auch als Antiterrorismus-Feldzug geführt wird. Krieg ist das letzte repressive Mittel der Herrschenden, um vor allem wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig zu einem offenen Krieg nach außen findet ein versteckter Krieg nach innen statt. Durch Gesetzesverschärfung à la EU-Haftbefehl oder die Einführung des §129b, die Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“, kann die Kriminalisierung bis hin zu den sozialen Bewegungen runtergebrochen werden.

Während die Repression international zusammenarbeitet, gilt es auch den Widerstand gegen das kapitalistische System solidarisch mit den lokalen Kämpfen weltweit zu führen, und diese miteinander zu verknüpfen. Überall dort wo Menschen unzufrieden sind, wird es Widerstand geben. Durch die Verschärfung der Widersprüche in den Metropolen, wird auch die soziale Unzufriedenheit steigen. Wie auch immer sich diese Unzufriedenheit äußern wird, die Herrschenden werden darauf vorbereitet sein und mit Gewalt zuschlagen. Überall dort, wo sich Widerstand organisiert.

So können wir mit vermehrten Angriffen auf organisierte Strukturen und alternative Wohn- und Kulturprojekte zur Weltmeisterschaft 2006 und dem G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm rechnen. Auch werden alle Menschen zunehmender überwacht, registriert und massiv in ihre Bewegungsfrei-

heit eingeschränkt. Es bleibt zu bemerken, dass Repression aktuell in einer Phase der Schwäche der Linken einen präventiven Charakter hat. Da wird ausprobiert, welche repressiven Maßnahmen ergriffen werden können, ohne dass sich irgendwer groß aufregt.

Die Linke in der BRD sieht sich aktuell zahlreichen staatlichen Angriffen gegenüber. Während sich Rechtsextremismus in der Gesellschaft immer mehr ausbreiten kann, wird konsequenter, engagierter und kreativer Antifaschismus verfolgt und kriminalisiert.

So zum Beispiel in Baden-Württemberg oder München, wo es nach legitimen Auseinandersetzungen mit Neonazis zu massenweise Hausdurchsuchungen und Anklagen gegen Linke kommt. Dabei wird vor allem die Datensammelwut des Staateschutzes befriedigt. In Berlin wird eine Party gestürmt, die dazu aufruft, Nazi-propaganda zu entsorgen. Zahllose Identitätsfeststellungen und Hausdurchsuchungen sind die Folge. Ohne Beweislage saß in Potsdam seit August 2005 die Antifaschistin Julia in Untersuchungshaft: Mit dem abstrusen Vorwurf des versuchten Mordes an einem Neonazis, der aus einer Auseinandersetzung mit Prellungen und einer Platzwunde davonkommt. Inzwischen ist sie gegen Kautions draußen.

Auch das immer noch andauernde Verfahren wegen angeblicher „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ gegen die linke Szene in Magdeburg stellt eine Verschärfung der Repression dar. Zunächst räumte die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens nach Paragraph 129a dem ermittelnden BKA unendliche Methoden der Durchleuchtung der linken Strukturen in Magdeburg ein. Im ersten Prozess kann das

## Veranstaltungen zum Tag der politischen Gefangenen

**Donnerstag, 16. März, Grünau:**  
**Infoveranstaltung: Die Geschichte des Abschiebeknastes Grünau**

Seit Jahren ist der Abschiebeknast Grünau fester Bestandteil der deutschen Abschiebemaschinerie. Monatelang werden Menschen unter unzumutbaren Bedingungen festgehalten. Angesichts der zehnjährigen Geschichte des Knastes werden die bisherigen Ereignisse in und um diesen Knast sowie die rassistische Abschiebepolitik der BRD benannt.

**19:30 Uhr** im Bürgerhaus Grünau, Regattastraße 141, Tram 68, Nähe S-Bhf Grünau

*Die Infoveranstaltung ist Teil des antifaschistischen Veranstaltungskalenders 2005-06 „Let's push things forward!“ im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick.*

**Freitag, 17. März, Osnabrück:**  
**Filmabend zum Tag der politischen Gefangenen**

Am 17. März 20 Uhr im Café Mano Negra Gezeigt wird der Film „Sacco und Vanzetti“

*Veranstaltung der Roten Hilfe Osnabrück in Zusammenarbeit mit dem Café Mano Negra*

**Freitag, 17. März, Berlin:**  
**Mehringhof, SFE-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, 18 Uhr**

**„Widerstand gegen Krieg, Ausbeutung, Besatzung und Repression – Freiheit für alle politischen Gefangenen“**

Podiumsveranstaltung, Tag 1:

ReferentInnen: Rüdiger Göbel (stellvertr. Chefredakteur junge Welt, zu Geheimefängnisse und Folter), Said Dudin (palästinensischer Journalist, OneWorldMedia), Luz Perly Cordoba (Kolumbien), Kurdistan-Delegation, Winfried Wolf (jW, angefragt)  
*VeranstalterInnen: Bündnis 18. März, Infos: [www.18maerz06.tk](http://www.18maerz06.tk)*

**Samstag, 18. März, Berlin:**  
**Mehringhof, SFE-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, 10 Uhr**

**„Widerstand gegen Krieg, Besatzung, Ausbeutung und Repression – Freiheit für alle politischen Gefangenen“**

Podiumsveranstaltung, Tag 2:

ReferentInnen: N.N. (Ex-RAF), Rote Hilfe International (Schweiz), N.N. (baskischer Ex-Gefangener), Gruppe Internationale Solidarität Magdeburg zu Repression in der BRD, IRSP (Irland), Tayad (türk. Antirepressionsvereinigung) und ein Ex-Gefangener aus der Türkei

*VeranstalterInnen: Bündnis 18. März, Infos: [www.18maerz06.tk](http://www.18maerz06.tk)*

**Samstag, 18. März, 11 Uhr, Bonn**  
**Kundgebung auf dem Münsterplatz anlässlich des Tages der politischen Gefangenen**

**Samstag, 18. März, 15 Uhr, Stuttgart-Stammheim**



onsmethoden, wir begreifen unsere Antirepressionsarbeit als ein weiteres Feld linker Politik, über das Bewusstsein geschaffen werden kann. Während sich die Repression auf verschiedenen Ebenen verschärft, tun sich auch neue Lücken auf, Widerstand zu leisten. Diese gilt es zu finden und zu besetzen, um linke Politik erfolgreich zu machen. „...the police become necessary in human society [...] where it is split between those who have and those who ain't got.“ Dead Prez

Konstrukt nach §129a nicht aufrecht gehalten werden, weil die dafür notwendige dritte Person von den Vorwürfen freigesprochen wird. Im aktuellen Revisionsprozess gegen den Beschuldigten Daniel ziehen Gericht und Staatsanwaltschaft noch einmal andere Seiten auf. So lädt das Gericht ehemals Beschuldigte als Zeugen. Kollektiv wird die Aussage verweigert, dafür sitzen Marco und Carsten, durch die künstlich in die Länge gezogene Beweisaufnahme jeweils fast, bzw. die Maximalzeit von 6 Monaten in Beugehaft.

Auch wird Daniel, obwohl kein drittes Mitglied ermittelt wurde, nach Paragraph 129a verurteilt. Allein durch die Behauptung der Bundesanwaltschaft, zum Zeitpunkt der Anklageschriftverfassung seien Daniel und andere AktivistInnen des AZs (Autonomer Zusammenschluss) immer noch in einer „terroristischen Vereinigung“ aktiv gewesen, wird dies möglich.

Der Paragraph 129 wird vor allem zur Durchleuchtung und Datensammlung verwendet. Aktuell wird er auch gegen AktivistInnen in Hamburg angewandt, die sich gegen ein Hotel im Hamburger Wasserturm,

angeblich militant engagierten. In den seltensten Fällen eines §129-Verfahrens kommt es dabei zu einer Verurteilung.

Auch neue Formen des (sozialen) Widerstandes werden konsequent angegriffen. So zum Beispiel die Überflüssigen, die durch kreative Form die aktuellen Angriffe auf die sozialen Sicherungen der Menschen öffentlich machen oder auch die effektive Online-Demonstration 2001, bei der 13.000 Menschen in einer virtuellen Blockade das Infoportal der Lufthansa wegen ihrer deportation class lahm legten.

Was wir alle in unserer alltäglichen Praxis machen können, ist, sich konsequent vor Repression des Staates zu schützen: Wir labern nicht am Telefon, wir verschlüsseln unseren Email-Verkehr, wir verweigern die Aussage und jede Zusammenarbeit mit den Repressionsorganen des Staates, wir schützen unsere Strukturen und zeigen uns solidarisch mit Opfern von Repression, wir versuchen uns bei allen Aktionsformen angemessen zu schützen. Wir lassen uns Repression nicht gefallen: Wir kennen unsere Rechte, wir dokumentieren und veröffentlichen Bullenübergreifende und Repressi-

Repression hat weltweit die Funktion der Herrschaftssicherung. Sie soll abschrecken, einschüchtern, vereinzeln, verunsichern, beugen, brechen, ... Ausgeübt wird diese Repression vom Staat. Der Staat der mit seinen PolizistInnen, FallmanagerInnen, Sicherheitsdiensten, SoldatInnen, vor allem das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung schützen soll. Auch werden die momentanen Eigentumsverhältnisse, also dass wenige immer mehr und viele immer weniger zum Leben haben, abgesichert. Das System ist auf Repression gebaut. Deswegen ist es nur logisch, dass Widerstand, der auf Systemüberwindung abzielt, mit Gewalt beantwortet wird. Es liegt an uns, das Gewaltmonopol des Staates jeden Tag in Frage zu stellen, um dadurch die Perspektive einer befreiten Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert, voran zu schieben.

**Hoch die internationale Solidarität!  
Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!**

**Für die soziale revolution!  
Für eine befreite Gesellschaft!**

## Veranstaltungen zum Tag der politischen Gefangenen

### Kundgebung vor der JVA

VeranstalterInnen: *Anarchist Black Cross-  
rts*

**Samstag, 18. März, Mehringdamm, 15 Uhr, Berlin,**

**Demonstration „Widerstand gegen Krieg, Ausbeutung, Besetzung und Repression – Freiheit für alle politischen Gefangenen“**

VeranstalterInnen: *Bündnis 18. März*

**Samstag, 18. März, Skalitzer Straße 41, 10997 Berlin/Kreuzberg, 22 Uhr**

**Volksjury Exclusive: Kurzfilmwettbewerb gegen imperialistische Kriege und für die Freiheit der politischen Gefangenen**

Eintritt frei

VeranstalterInnen: *Tayad Komitee, vorwien*

**Samstag, 18. März, 14 Uhr, Potsdam**

**Hauptbahnhof Potsdam: Überregionale Demonstration „Don't let the System get you down!“**

**Samstag, 18. März, 20 Uhr, Bochum**

**Soziales Zentrum Bochum (Rottstr.31/HH)**

**Weil sie die Freiheit so sehr lieben**

In Spanien werden „besondere“, d.h. auch politische Gefangene in einer speziellen Kartei, der F.I.E.S. „FICHERO DE INTERNOS DE ESPECIAL SEGUIMIENTO“ (Kartei für Insassen mit Sonderbehandlung) geführt. Erfahrungen mit dem FIES-Isolationsregime haben auch die beiden spanischen Anarchisten Jose Fernandez Delgado und Gabriel Pombo da Silva, die zusammen mit Bart de Geeter und Begona Pombo am 28. Juni 2004 nach einem Schusswechsel mit der Polizei und Geiselnahme in Aachen verhaftet wurden. Ende Sept. 2005 wurden die Urteile gesprochen: 14 Jahre für José, der seine Strafe seit Anfang dieses Jahres in Bochum absitzt.

ReferentInnen: Mitglied der Solidaritätsgruppe

VeranstalterInnen: *Rote Hilfe OG Bochum/Dortmund*

**Montag, 20. März, 21 Uhr, Dresden:**

**AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Straße 39**

**Veranstaltung zur aktuellen Repressions-situation in Frankfurt/Oder mit ReferentInnen aus Frankfurt/Oder**

VeranstalterInnen: *Rote Hilfe OG Dresden*

**Donnerstag, 23. März, Hamburg:**

**im Internationalen Zentrum B5, Brigittenstr. 5 auf St. Pauli, 19.30 Uhr**

**„Tod in der Zelle – Warum starb Oury Jalloh?“**

Ein Film von Marcel Kolvenbach und Pagonis Pagonakis

VeranstalterInnen: *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge*

**Samstag, 25. März, 12 Uhr, Karlsruhe**

**Kronenplatz, Bundesweite Demonstration gegen Berufsverbote**

**Weg mit den antidemokratischen Berufs-  
verboten! Grundrechte verteidigen!**

Rede von Libertad! auf der Antikriegsdemo in München

# Stoppt Folter

## – in Guantanamo, in Stuttgart-Stammheim und überall

Gegen die 42. sog. „Sicherheitskonferenz“ in München demonstrierten wieder Tausende Menschen. Der Demo vorweg ging ein „Gefangenentransport“ in orange – der Farbe der nach Guantanamo verschleppten Gefangenen. Auf der Abschlusskundgebung hielt Libertad! eine Rede zu Folter und Krieg.

Fünf Jahre dauert der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ schon an.

Erst diese Woche haben USA-Wissenschaftler ihre Hochrechnung der eigenen Ölvorkommen beziffert: in acht Jahren ist Schicht im Schacht – weltweit wird's eng in 20-30 Jahren. Dieser Krieg dient der Absicherung des Weltmarktes und der damit verbundenen „westlichen“ Lebensweise in den Wohlstandsinseln der Welt.



Protest vor der US-Botschaft 2004, Bild Arbeiterfotografie

## Guantanamo: Protest gegen Zwangsernährung

In einem offenen Brief, der am 10. März in der britischen Fachzeitschrift *The Lancet* abgedruckt wurde, fordern 263 Ärzte aus Großbritannien, Irland, den USA, Deutschland, Australien, Italien und Holland die sofortige Einstellung der Zwangsernährung der Gefangenen auf Guantanamo. Außerdem fordern sie Disziplinarstrafen für alle Ärzte, die an der Zwangsernährung beteiligt sind.

Der Brief wurde von David Nicholl, einem Arzt aus Birmingham, England, initiiert, der seit über einem Jahr an einer Kampagne gegen Guantanamo aktiv beteiligt ist. Letztes Jahr nahm er als Gefangene verkleidet, samt orangenem Overall und Ketten, am Londoner Marathon teil.

Der Weltärzteverband hat, wie auch der amerikanische Verband, Zwangsernährung verboten.

„Auf diesem Brief muss reagiert werden“, erklärte die Sprecherin der UK-Ver-

bandes Kate Allen. „Anstatt zu versuchen, den Hungerstreik durch Zwangsernährung zu brechen, sollten die USA ihre Menschenrechte respektieren, indem sie willkürlichen Festnahmen ein Ende macht und den Zugang zu den Gerichten ermöglicht.“

Nur Tage zuvor hatte der britische Minister Kim Howells die Schließung der Gefängnisse von Guantanamo gefordert. Gerade zu der Zeit war der US-Justizminister Alberto Gonzales in London zum Besuch. Gonzales erklärte, die Gefängnisse seien legal und notwendig.

Laut einem Bericht der englischen Zeitung *The Independent* vom 12. März überlegen die USA, die Gefängnisse doch zu schließen. Schon innerhalb Wochen könnten die ersten Gefangenen an ihr Heimatland ausgeliefert werden. Auch das Foltergefängnis in Irak, Abu Ghraib, hatten die USA vor wenigen Tagen angekündigt zu schließen. Offenbar ist auch die Bush-Regierung vor weltweiten Protesten nicht gefeit.

Er ist nicht lokal begrenzt.

Mal offen, mal verdeckt wird er zur Weltinnenpolitik um die vielfältigen sozialen und politischen Krisen in den Griff zu kriegen. Seinem Wesen nach ist er endlos.

Trotz internationaler Abkommen war und ist Krieg ein Zustand, in dem Menschenrechte bis zur Bedeutungslosigkeit militärischen Aspekten unterworfen sind.

Ob in den USA, in Europa oder sonst wo auf der Welt, niemand bestreitet ernsthaft, dass im Rahmen dieses Krieges Menschen entführt, in geheime Gefängnisse verschleppt und dort gefoltert werden.

Andererseits war trotz Menschenrechtscharta und Antifolter-Konvention, Folter nie wirklich geächtet oder gar verschwunden nach dem Nazi-Faschismus.

Die Franzosen folterten systematisch in Algerien genauso wie die Briten gegen die irisch republikanische Bewegung. Ganze Generationen von Folterspezialisten wurden in den USA zur Aufstandsbekämpfung im Trikont ausgebildet.

In Spanien wird bis heute gefoltert.

In Deutschland kämpften politische Gefangene jahrzehnte lang gegen Folter durch Isolation.

Mehr als 100 Gefangene starben in türkischen Gefängnissen in den letzten Jahren im Kampf gegen die Einführung der Isolationshaft.

In Italien wurde die einmalige Folter an Gefangenen legalisiert.

In England sind durch Folter erpresste Aussagen inzwischen gerichtsverwert-

bar.

Der „Krieg gegen den Terror“ aber setzt neue Maßstäbe:

im globalen rechtsfreien Raum sind die Menschenrechte im Namen der Menschenrechte außer Kraft gesetzt.

Entführung und Folter von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern der westlichen Freiheit sind nicht nur alltäglich, sondern durch ein juristisch-bürokratisches Regelwerk legitimiert. Dieser Krieg dient unmittelbar der Disziplinierung und autoritären Strukturierung der westlichen Gesellschaft.

Immer mehr Menschen landen im Niemandsland der Rechtlosigkeit.

Das ist die gesellschaftliche Dimension der Folter. Was bereits in den wenigen Jahren dieses Anti-Terror-Krieges durchgesetzt wurde – trotz, oder auch gerade durch den täglichen Skandal, wird nicht über Nacht wie ein böser Spuk verschwinden.

Die Folter formiert soziale und politische Verhältnisse; es ist jetzt schon abzusehen, dass die Anstrengung diese Formierung wieder loszuwerden immens sein wird.

Im Zentrum dieser Politik stehen die Lager. In sie werden Menschen gesperrt, die nach herrschender Auffassung als schädlich oder gefährlich gelten oder weil man sie sich vom Leibe halten will.

Guantanamo, die „Black Sites“ der CIA oder die „rendition“ genannte Übergabe von Gefangenen an Folterstaaten wie Syrien oder Marokko gehören genauso in diesen Zusammenhang wie die Lager des globalen Migrationsregimes.

Das reicht von Woomera in der Wüste Südaustraliens bis hin zu den neu geplanten EU-Lagern in Nordafrika und den Sammel- und Abschiebelagern in Deutschland.

Lager stehen für Ausgrenzung, Entrechtung und Verfügungsgewalt in den Händen staatlicher Macht. Lager sind Orte eines organisierten Ausnahmezustands.

Die Folter ist in den Schlagzeilen - aber es ist falsch, sie für eine Angelegenheit der USA zu halten.

Die Bundeswehr macht Foltertraining, das BKA profitiert von erpressten Aussagen, der BND gibt Aufträge - und schon vorher propagiert ein Frankfurter Polizeipräsident die Folter, wofür er auch Beifall von einer Führungsfigur der Linkspartei bekommt und, und, und ...: Ein Skandal jagt den nächsten, wird untersucht, aufgeklärt, ein bis zwei „Schuldige“ verurteilt und abgehakt.

Aber der Schritt vom „bedauerlichen Einzelfall“ zum System der Folter ist längst vollzogen. Mit der entsprechenden gesellschaftlichen Unterfütterung: unbekümmert und selbstverständlich wird in Talkshows über Pro und Contra von Folter diskutiert. Flüchtlinge werden als „Illegale“ denunziert, verbunden mit den Begriffen „Kriminalität“ und „Terrorismus“. Und als Pendant zum illegalen und rechtlosen Einwanderer finden wir im „Krieg gegen den Terror“ den unrechtmäßigen und ebenfalls rechtlosen Kombattanten. „Stress- und Zwangstechniken“ sind neue Bezeichnungen für „legale“ Folter, mit 'Manipulation des Befragungsumfeldes' ist gemeint, Gefangene extremer Hitze und Kälte auszusetzen, „Anpassung der Schlafgewohnheiten“ bedeutet Schlafentzug.

Folter, Verschwinden lassen, Lager und extralegale Hinrichtungen existieren nicht außerhalb unserer Gesellschaft und wirken sich direkt auf diese aus.

Sowas kommt von sowas, also wundern wir uns nicht, wenn Schüler Quälereien an Mitschülern filmen und ins Netz stellen und dies cool finden.

Angesichts dieser Entwicklung ist es notwendig, grundsätzlich gegen Folter und Lagerhaft aufzutreten. Und weil jede Legitimierung von Folter dazu beiträgt, diese gesellschaftlich durchzusetzen, ist es darüber hinaus notwendig, gegen jede Befürwortung von Folter entschieden vorzugehen.

Es gibt keine Differenz zwischen dem Folterer - und demjenigen, der ihr was Gutes abgewinnen kann.

#### **Zur Klarstellung:**

Antifolterkampf ist nicht Angelegenheit von Menschenrechtsgruppen.

Es geht nicht um Themenpolitik, sondern um verantwortliche politische Intervention in die Verhältnisse.

Menschenrechte gelten für alle - bedingungslos, unteilbar und ohne jedes Wenn und Aber.

Stoppt Folter - in Guantanamo, in Stuttgart-Stammheim und überall

Stoppt Sonder- und Lagerhaft - in Abu Ghraib, in Nürnberg und überall

Menschenrechte für alle, bedingungslos und unteilbar

## **Streiktag der baskischen Linken**

# **Protest gegen den Tod von zwei politischen Gefangenen**

Die linke baskische Unabhängigkeitsbewegung hat zu einem Streik- und Aktionstag aufgerufen. Am Donnerstag, 9.3., soll im Baskenland erneut der Protest gegen den Tod von zwei baskischen politischen Gefangenen ausgedrückt werden, die letzte Woche in spanischen Knästen in Cuenca und Aranjuez unter merkwürdigen Umständen ums Leben kamen.

Den Anstoß zu neuer Mobilisierung gaben die Ereignisse um die Trauerfeiern, welche die baskische Polizei am Samstag in Santurtzi und Portugaleta auflösen wollte. Als angeblicher Schutz der Familien waren sie von der Regionalregierung verboten worden. Die Familien bezeichnen das als Frechheit und rufen zu Protesten auf. Vor allem die Todesumstände von Igor Angulo sind weiter unklar. Die Familie spricht von Mord.

Trotz eines Verbots hatten sich Tausende in den Heimatorten von Igor Angulo und Roberto Sáiz versammelt, um Abschied von den beiden Toten zu nehmen und sich mit den Familien zu solidarisieren. Auch mit dem massiven Einsatz von Gummigeschossen und Stockschlägen gelang der Ertzaintza nicht, die Versammlungen zu zerstreuen. Viele Menschen setzten auf den Boden, etliche wurden verletzt, Jugendliche errichteten als Reaktion zum Teil Barrikaden.

Mit den Angehörigen und Gewerkschaftssprechern von LAB rief Arnaldo Otegi, Sprecher der Partei Batasuna (Einheit), am Sonntag auf einer Pressekonferenz zum Streiktag auf, der einen doppelten Charakter habe: „Auf das zu antworten, was geschehen ist, und für den Frieden und einen Prozess dahin einzutreten“. Es sei „kein Zufall“, was nun passiere. Seit dem Friedensangebot 2004 sei klar gewesen, dass es zu Provokationen komme. Immer wenn ein Friedensprozess anstehe oder verhandelt werde, gäbe es merkwürdige Todesfälle, um den Prozess zu sabotieren. Dazu kommen natürlich die Vorgänge um das „erneute Verbot“ von Batasuna und ähnliches Man kann vermuten, dass es sich um einen Akt des schmutzigen Kriegs handelt, um einen Friedensprozess zu sabotieren. Dafür macht sich die Ultrarechte die letzten Monate stark.

Der baskischen Regionalregierung, geführt von der Baskisch-Nationalistischen Partei (PNV), warf Otegi vor, Angst vor Veränderungen zu haben. Die sozialistische Zentralregierung benutze die 700 politischen Gefangenen als Tauschmittel und Geiseln. Deshalb habe sie gerade eine verdeckte lebenslängliche Haftstrafe eingeführt. Derzeit werden die Strafen von fast



**Am 27.2. wurde Igor Angulo angeblich erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Angeblich soll sich der 33-Jährige aus dem Bilbaoer Stadtteil Santurtzi mit Lederbändern an den Gitterstäben erhängt haben. Doch durfte er, der als gefährlicher Fies-Gefangener eingestuft war, nicht einmal Schuhbänder haben. Wie er sich mit gefesselten Händen erhängt haben soll, wurde schon tags drauf gefragt. Später wurden immer neue Details bekannt, die starke Zweifel an der Selbsttötungstheorie bekräftigten.**

200 Gefangenen überprüft, um ihre baldige Entlassung zu verhindern. Nebenbei „konstruiert“ die Regierung noch neue Anklagen.

Die Umstände des Todes des 33-jährigen Angulo, der vor einer Woche tot in seiner Zelle im südspanischen Cuenca gefunden wurde, sind weiter unklar. Die Familie erklärte: „Alle sollen wissen, dass sie ihn ermordet haben“. Angulo, der keine Schnürsenkel haben durfte, soll sich mit gefesselten Händen an Gitterstäben mit Lederbändern erhängt haben. Nach dem ersten Bericht, den die Familie erhalten hat, ist weiter unklar, wie er stranguliert wurde, daraus geht nur hervor, dass er stranguliert wurde. Unklar ist weiter, wer den Körper ohne richterliche Genehmigung abgenommen haben soll. Der forensische Arzt fand ihn auf der Pritsche liegend vor. Die Knastdirektorin Mercedes Gallizo erklärte zunächst, eine Reanimation sei versucht worden. Dabei hatte er die Bänder noch fest um den Hals geschnürt, als der Arzt eintraf.

Der Arzt der Familie, der an der Autopsie beteiligt war, erklärte: „Es ist nicht möglich zu bestimmen, welcher Mechanismus

den Tod herbeigeführt hat“. Der Anwalt der Familie Iñaki Goioaga wies zudem auf „merkwürdige Elemente“ hin, wie „Abschürfungen an den Händen und Marken oder Verletzungen an den Ellbogen“, die nicht zu erklären sind. Dafür müssten alle Umstände auf den Tisch, wer den Toten gefunden habe, wie mit ihm umgegangen worden sei, etc. Ohnehin müssten erst die toxikologischen Untersuchungen abgewartet werden.

Laut Autopsiebericht starb der 41-jährige Saiz vergangenen Donnerstag an einem Herzschlag. Der Untersuchungshäftling habe über Probleme geklagt, sagte sein Zellenkollege. Saiz war, anders als Angulo, nicht allein auf der Zelle. Neben dem LAB-Gewerkschaftssekretär gab es auch weitere baskische Gefangene im Knast von Aranjuez (Madrid). Dessen Familie hat Anzeige wegen „Nachlässigkeit“ gestellt, weil der Gefangene nicht entsprechend behandelt worden sei. Die einzige Behandlung, die Saiz erhalten habe, habe sich gegen Blähungen gerichtet, sagte die Anwältin der Familie Haizea Ziloaga. Die „Herzbeschwerden sind nicht entsprechend behandelt worden“, sagte die Anwältin, weshalb man nicht von einem „natürlichen Tod“ sprechen könne. Die Anwältin wies auf die Tatsache hin, dass er sich in U-Haft befand und seit September 2003 nicht vor Gericht gestellt wurde, sofern als unschuldig zu gelten hat. Das sei in vielen Berichten unterschlagen worden. „Das bedeutet eine Vornahme einer Verurteilung und eine Verletzung der Unschuldsvermutung“. Sowie Angulo als auch Saiz hatten Folter angezeigt. Letzterer sei während der Kontaktsperre von der baskischen Polizei gefoltert worden. Ob die Herzprobleme daher rühren, ist unklar.

Insgesamt gibt es 13 Tote Gefangene in den letzten 20 Jahren, vier davon allein in den letzten 20 Monaten. Bei Oihane Errazkin, aus Donostia, die im Juli 2004 im Pariser Knast tot gefunden wurde, und bei José Angel Alzuguren, der am im Oktober 2005 im Knast von Soria gefunden wurden, kann man von Selbstmord ausgehen. Beide sind damit wohl eher Opfer der sehr harten Haftbedingungen und der Zerstreuung.

Insgesamt sprechen die letzten Wochen eher gegen einen Friedensprozess als dafür. Auch wenn klar ist, dass es in so einem Prozess zu heftigen Provokationen kommen wird. Die ETA hatte auf die neuen Toten mit zwei Bomben reagiert und machte in einem Kommuniqué die spanische Regierung direkt verantwortlich. Sie hatte kürzlich gemeinsame Schritte für einen Friedensprozess gefordert. Eine Bombe zerstörte Teile des Gerichtsgebäude in Mungia abgelegt und großen Sachschaden angerichtet. Gestern Nacht führte sie einen kleineren Anschlag auf das Marineinstitut in Mutriku aus. Es gibt überall Demonstrationen und Sabotageaktionen.

(c) Ralf Streck, Donostia-San Sebastián den, 7.3.2006

## Spanien

# Anarchisten in Haft

Am 4. Februar wurden in den Stadtteilen Horta und Ciutat Vella von Barcelona drei junge Anarchisten verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, Anschläge auf die Firma CIRE, die die Gefangenen in Katalanien für sich arbeiten lässt und gnadenlos ausbeutet, und auf eine Filiale der Banco Sabadell verübt zu haben, sowie „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung“.

Einer der Verhafteten ist Italiener. Dieser wurde nach Protesten gegen die Festnahme am selben Nachmittag wieder freigelassen. Die anderen beiden Compañeros blieben zunächst der absoluten Kontaktsperre, dem „incomunicado“, unterworfen, das bis zu inzwischen 15 Tagen dauern kann; während dieser Zeit finden in der Regel Misshandlungen und Folterungen statt, um Geständnisse zu erpressen und/oder Aussagen zu manipulieren. Jeder Anwaltskontakt ist ebenfalls ausgeschlossen. Es musste also ernsthaft um die physische und psychische Unversehrtheit der Festgenommenen gefürchtet werden. (Ort des incomunicado: Kommissariat der Mossos d'Esquadra, Uldecona-Strasse, Stadtteil Zona Franca).

Am 23. Februar wurde denn auch bekannt, dass eine der schriftlichen Aussagen „von“ Ignasi, die aus der Phase des incomunicado stammte und dem Richter präsentiert worden war, nicht dessen authentische Handschrift aufwies. Trotz der Ungereimtheiten und der Erklärungen der Verhafteten entschied der Richter (Nr.13), dass Rubén und Ignasi sofort in katalanische Gefängnisse überführt werden mussten, wo sie sich noch immer befinden. Inzwischen sind sie in verschiedene Gefängnisse verlegt worden.

Während zahlreicher Solidaritätsdemos und Veranstaltungen für die Gefangenen (des 4.Februar) brachten viele solidarische Menschen in Spanien/Katalanien ihre Empörung zum Ausdruck: Wenn Ausbeutung und Unterdrückung hinter der Maske der Demokratie versteckt werden und wenn die Lebensbedingungen „derer von unten“, der Unterdrückten und Ausgebeuteten unerträglich werden, wird die Rebellion gegen den aufgezungenen Staat- der- Dinge notwendigerweise von den Üblen und den Schweinen bekämpft, die Leben regieren und Tode unterschreiben.

Die Anschriften der Gefangenen sind:

### Ruben Masmano Bernel

Can Brians

C.P. Can Brians, Apartado 1000

08760 Martorell

### Ignasi Antolino Ibañez

Quatre Camins

C.P. Quatre Camins, Apartado 335 - 08430

La Roca del Vallés - Granollers

*Tod dem Staat, Es lebe die Anarchie*

Quelle: Indymedia, l@s de abajo - 28.2.06,

Von der Redaktion gekürzt

## USA

# Lynne Stewart droht lange Haftstrafe

Im Februar 2005 sprach ein Gericht die damals 65-jährige linke Anwältin Lynne Stewart in fünf Fällen der materiellen Unterstützung des Terrorismus schuldig. Ihr wurde vorgeworfen, dem inhaftierten blinden Sheikh Omar Abdel Rahman geholfen zu haben, mit seinen militanten Gefolgsleuten der ‚Islamischen Gruppe‘ (IG) in Ägypten zu kommunizieren.

Rahman soll der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Pakistan verbracht haben, von wo aus er Mujahedin für den CIA-finanzierten Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans anwarb. Ihm wird nachgesagt, Kontakte zu Osama bin Laden und Gulbuddin Hekmatyar gehabt zu haben. Im Juli 1990 flog Rahman in die USA. Die CIA verschaffte ihm ein einjähriges Visum, obwohl er auf der Terrorliste des US-Außenministeriums stand. Nach an-



fänglicher enger Zusammenarbeit widerrief die CIA im November desselben Jahres das Visum und teilte dies der Einwanderungsbehörde mit. Dennoch konnte Rahman weiterhin unbehelligt in den USA leben und bekam sogar fünf Monate später eine Aufenthaltserlaubnis.

Nach dem Bombenangriff gegen das WTC-Gebäude in New York 1993 schleuste das FBI einen Informanten in die Moschee ein, wo Rahman predigte. Obwohl er nicht in die engeren Kreise um Rahman eindringen konnte, machte er mit einem versteckten Tonbandgerät einige Aufnahmen von Gesprächen bzw. einer Predigt von Rahman, in dem dieser zu Anschlägen gegen US-Einrichtungen aufgerufen haben soll. Rahman wurde außerdem vorgeworfen, Drahtzieher des Anschlags gegen das WTC-Gebäude zu sein. 1995 wurde er zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Lynne Stewart übernahm die Verteidigung Rahmans auf Aufforderung von Ramsey Clark, der Justizminister unter Lyndon

B. Johnson war. Nach seiner Amtszeit nahm Clark aktiv am Widerstand gegen den Vietnam-Krieg teil und besuchte 1972 Vietnam. Seitdem hat er sich, abgesehen von ein oder zwei Ausrutschern, immer mehr nach links positioniert.

Obwohl weder Clark noch Stewart die Politik Rahmans teilen, vertreten beide die Meinung, dass jeder Angeklagt das Recht auf eine ausreichende Verteidigung hat.

Nach Rahmans Verurteilung blieb Stewart seine Anwältin und besuchte ihn im Gefängnis. Nach einem Besuch im Mai 2000 erklärte Stewart auf einer Pressekonferenz im Juni auf Anfrage eines Journalisten, dass Abdel-Rahmen nicht mehr hinter der „Feuerpause“ der IG mit der Mubarak-Regierung stehe. Die Justizbehörde warf Stewart damit vor, gegen gegen Abdel-Rahman verhängte „special administrative measures“ (SAM), welche Kontakte Rahmans mit der Außenwelt regeln, verstoßen zu haben, und entzog ihr die Besuchserlaubnis. Nach langen Verhandlungen mit der Justizbehörde wurde das Besuchsverbot im Januar 2001 aufgehoben. Sonst gab es keinerlei Sanktionen gegen Stewart, bis der damalige Justizminister John Ashcroft Anklage gegen sie erhob.

Stewart wurde vorgeworfen, Nachrichten von Rahman an seine Gefolgsleute aus dem Knast geschmuggelt zu haben. Außerdem soll sie bei späteren Besuchen versucht haben, durch lautes unsinniges Reden Gespräche zwischen dem Sheikh und seinem Übersetzer und dem Rechtsgehilfen Stewarts über Auseinandersetzungen innerhalb der Islamischen Gruppe in Ägypten zu übertönen.

Der Prozess gegen Stewart und ihre Mitangeklagten, den Übersetzer Mohammed Yousry und den Rechtsgehilfen Ahmed Abdel Sattar, fand im gleichen Gerichtssaal statt, in dem Ethel und Julius Rosenberg vor 50 Jahren wegen Spionage für die UdSSR zu Tode verurteilt worden waren. Stewart und ihren Mitangeklagten drohen langjährige Haftstrafen, Stewart bis zu 30 Jahren.

Die für März 2005 terminierte Strafmaßverhängung wurde mehrmals kurzfristig und ohne Begründung verschoben. Zuletzt von Dezember auf Februar und dann auf den 10. März.

In einem Anfang de Monats gestellten Antrag auf eine weitere Aufschiebung bis mindestens Ende Juli klärte Stewarts Anwalt die Gründe auf. Bei Stewart wurde letztes Jahr Brustkrebs diagnostiziert, sie wurde im Januar operiert und muss sich nun einer Strahlungs-therapie unterziehen. Der Richter war darüber informiert und hatte eingewilligt, es geheim zu halten.

„Es ist letztendlich eine Realität, dass die Verurteilung stattfinden wird“, sagt Stewart. Sie hofft darauf, dass der Richter sie von ihrer Krankheit erholen lässt, bevor sie ins Gefängnis muss. „Man mag mich ins Gefängnis für den Rest meines Lebens stecken, aber mindestens werde ich stark

und abgehärtet gegen alles, was kommen mag“.

Abdel Sattar ist der einzige der Angeklagten, der nicht frei auf Kautions ist. Vor Kurzem, erklärte sein Anwalt, wurde Sattar urplötzlich in die totale Isolation in den Hochsicherheitstrakt verlegt, gegen ihn wurden ähnliche SAMs verhängt wie gegen Rahman. „Wir wissen nicht, warum“.

## Revolutionäre Grüße von R. Seth Hayes

(BPP/BLA PP/POW)

Februar 2006

Revolutionäre Grüße Genossen, Freunde und Unterstützer der Freiheit weltweit. Ich bin Robert Seth Hayes, ein afroamerikanischer Freiheitskämpfer, und seit 32 Jahren inhaftierter politischer Gefangene und Kriegsgefangene.

Mein Leben als Freiheitskämpfer hat seine Anfänge in meiner Erziehung. Meine Eltern, gewissenhafte und charakterfeste Menschen, lehrten mich durch Beispiel und formten und steuerten mein Denken, als ich heranwuchs. Dank ihrer bin der logisch denkende Mensch, der vor euch tritt, ein starker Verfechter der Freiheit und Freund der Natur.

Der Vietnam-Krieg und die daraus entstehende Politik erweiterte mein Bewusstsein. Als Infanterist der US-Armee kehrte ich heim mit ausgeprägten Erfahrungen. Ich hatte in Vietnam ehrenhaft gedient, empfand jedoch den Krieg als falsch. Ich nahm am Krieg teil, jetzt jedoch verurteilte ich ihn. Was hat diese Ablehnung in dieser Phase meines Lebens verursacht? Wie so viele andere stellte ich herrschende Wertvorstellungen und Konzepte in Frage. Ich war entschlossen, Antworten darauf zu bekommen.

Ich fing an, mit Menschen zu reden, die ich seit meiner Kindheit kannte. Familie und Freunde waren hilfreich, aber nur bis zu einem bestimmten Grad. Alle war ehrlich froh, dass ich unverseht heimgekehrt war, aber ich hatte das Gefühl, dass ich mich in die Gesellschaft wieder integrieren müsste, um wieder zu mir zu kommen. Oft hörte ich den Satz: „Mit deiner militärischen Ausbildung könntest du Polizist werden“. Was sie aber nicht überlegten, war, dass sie mir sagten: „Weil du so gut ausgebildet bist um zu Töten, könntest du Polizist werden“. Eine für mich unmenschliche und unannehmbare Vorstellung.

Während meiner Reisen traf ich Mitglieder der Black Panther Party. Hier war eine Gruppe von Männern und Frauen, die für die Selbstbestimmung ihrer Community kämpften, ohne sich anderen gegenüber dafür zu entschuldigen. Engagierte Menschen gegen Unterdrückung. Kämpfer für Veränderungen, die entschlossen waren, die Aggression und Unterdrückung, die sie

zeitlebens erfahren hatten, zurückzudrängen. Disziplinierte Mitglieder, die wissenschaftliche Lösungen für gesellschaftliche Probleme suchten. Kurz gesagt, Kämpfer, die bereit waren es mit einer von den Großkonzernen gesteuerten Regierung aufzunehmen, um den Kampf der Arbeiterklasse zu unterstützen und den Übergang zu einer humanen Gesellschaft einzuleiten. Menschen, die die aggressive und mörderische Klasse von Individuen, die versuchten die Gesellschaft zu formen und steuern, lautstark ablehnten.

So waren meine Anfänge im Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit, Einheit, Frieden und Liebe innerhalb der Grenzen der USA.

Seit meiner Inhaftierung habe ich viel dazu gelernt und habe großen Respekt für die vielen Genossen und Freunden, die ich während dieser Zeit kennen lernte. Menschen wie Teddy (Jah) Heath (verstorben), ein aufrechter Freiheitskämpfer, der für seine Ideale, wie auch meine, bis zum Lebensende gekämpft hatte. Cardell (Blood) Sheard (verstorben), ein Lehrer und Aktivist, der dazu beitrug, politische Teilnahme und Erkenntnis in vielen Gefängnissen im Bundesstaat New York neu zu definieren. Wohin er auch ging, lehrte er andere.

Eddie Ellis, Dhoruba Bin Wahid, Schwester Safiyah Bukhari (verstorben) und Schwester Sofiya Bandle. Geliebte Lehrer, Mitarbeiter und Wortführer. Die Liste ist endlos, und jeden Tag kommen andere dazu. Wenn mir über die Jahre Anerkennung zuteil wurde, denn ist es Dank ihrer und Menschen wie Tom K., Lise K., Tynan J., Queen Mother Moore und Winnie Mandela. Viele sind die Helden und Heldinnen, die das Gleichgewicht des Wissen zu Gunsten der Menschlichkeit verschoben haben. Susan T., Meg and Matt of R-n-B., Paulette D., Ann L., Laura W.

Länger und länger wird die Liste, und es reicht zu sagen, dass es endlosen Platz für andere gibt.

Ich schreibe, um euch von meinen Anfängen und meiner Weiterentwicklung zu berichten. Um laut zu erklären, dass ihre und meine ununterbrochene Unterstützung und Aktivitäten mich zu dem gemacht haben, was ich bin. Wie ich schon früher sagte: „Für den Fall, dass ich in der nächsten Zeit nicht freikomme, werde ich weiterhin kämpfen bis zur Befreiung oder der Tod mich hinrafft. In diesem Kampf verpflichtete ich mich das Land und seine Bewohner zu befreien.“

Unser Kampf ist sowohl beschwerlich als auch human. Ziehen wir an einem Strang, bis zum Sieg.

**A Luta Continua (Der Kampf geht weiter)...**

Robert Seth Hayes #74A2280  
Wende Correctional Facility  
PO Box 1187, 3622 Wende Road  
Alden, New York 14004-1187 USA

[www.thejerichomovement.com/seth.html](http://www.thejerichomovement.com/seth.html)

# Tier- und Umweltschützer als Staatsfeinde

Im Dezember 2005 verhafteten US-Bundespolizisten in mehreren Bundesstaaten 6 politische Aktivisten. Ihnen wird vorgeworfen, als Mitglieder der Tierschutzorganisation Animal Liberation Front (ALF) und/oder der Umweltschutzorganisation Earth Liberation Front (ELF) an mehreren Brandanschlägen vorwiegend in Kalifornien, Oregon und anderen Ostküstenstaaten beteiligt gewesen zu sein (siehe Info 307).

Die Verhaftungen erfolgten, nachdem ein ehemaliger Aktivist, der seit längerem als Polizei-Informant arbeitet und Gespräche mit mehreren Angeklagten heimlich aufgenommen hatte, sie schwer belastete. Einer der Verhafteten gab seine Mitwirkung an einigen Anschlägen zu und erklärte sich bereit, als Kronzeuge zu fungieren.



Von den sechs befinden sich noch zwei im Gefängnis. Chelsea Gerlach, weil sie die geforderte Kautions noch nicht aufbringen kann, und der Kanadier Darren Thurston, weil die Einwanderungsbehörden behaupten, dass seine Papiere nicht in Ordnung seien.

Die drei anderen, die nicht mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten wollen, kamen gegen hohe Kautions frei. Um die Freilassung Daniel McGowen, der der Polizei als einer der Sprecher der Proteste gegen die Parteitagung der Republikanischen Partei 2004 bekannt ist, zu verhindern, versuchte der Staatsanwalt, ihn als gewalttätig darzustellen, und behauptete, er werde höchstwahrscheinlich untertauchen. Außerdem sei er Unterstützer von Jeff „Free“ Luers, ein Anarchist und Umweltaktivist, der zu mehr als 22 Jahren wegen des Abfackelns von drei Geländewagen verurteilt ist.



Bei der Anhörung waren viele Unterstützer und Familienmitglieder von McGowen im Gerichtssaal, und die Richterin erklärte, sie hätte mehr als 60 Unterstützerbriefe bekommen. Seine Schwester stelle eine Kautions \$1,6 Mio. McGowen muss bei ihr in New York wohnen, elektronische Fußfesseln tragen und sich wöchentlich bei der Behörde melden.

Seit den Verhaftungen im Dezember hat es noch weitere Verhaftungen gegeben. Eine ganze Reihe von Leute wurde verhört oder hat Vorladungen bekommen, und mindestens eine Person wurde auf die Fahndungsliste gestellt. Mittlerweile ist Anklage in 65 Punkten wegen Brandanschlägen, Verschwörung und Benutzung von Brandsätzen gegen elf Menschen erhoben worden.

In McGowen Kautionsanhörung erklärte der Staatsanwalt, dass ihm bei einer Verurteilung mindestens lebenslänglich plus 35 Jahren und maximal lebenslänglich plus 335 Jahren drohe. Der Prozess soll im Oktober beginnen.

Anfang März wurden in Pennsylvania sechs Tierschützer der Gruppe Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC) schuldig gesprochen, auf ihrer Internetseite zu direkten Aktionen gegen das Tierversuchsanstalt Huntingdon Life Sciences aufgerufen zu haben, weil sie Information über das Unternehmen, seine Angestellten und Klienten ins Netz stellten. Ihnen drohen Haftstrafen zwischen drei und sieben Jahren und bis zu \$250.000 an Geldstrafen. Fünf der sechs müssen bis zur Urteilsverkündung im Juli im Gefängnis bleiben.

Mitte Februar wurde Rod Coronado, ein in Tuscon, Arizona, bekannter Umweltaktivist und Tierschützer verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, auf einer öffentlichen Veranstaltung in August 2003 in Kalifornien gezeigt zu haben, wie man einen Brandsatz baut. Auf der Veranstaltung wurde er von einem Zuschauer gefragt, wie er bei einem Brandanschlag einige Jahre zuvor vorgegangen sei. Coronado erklärte, es sei ein rudimentärer Brandsatz gewesen, ließ das Benötigte in den Saal bringen und machte die Vorbereitung von damals nach. Die Höchststrafe bei einer Verurteilung ist 20 Jahre. In einer Presseerklärung erklärte der ermittlungsführende FBI-Agent: „Amerika wird Terroristen nicht dulden“. Dies ist nicht das erste Mal, dass Coronado zu einem Terroristen abgestempelt wurde. In Dezember letzten Jahres wurde er verurteilt, weil er eine Jagd auf einen Berglöwen gewaltfrei gestört hatte. Nach dem Prozess erklärte der stellvertretende Justizminister Kleindienst: „Ich weiß, in diesem Verfahren ging es nicht darum, dass er ein gewalttätiger Anarchist ist. Es ging in diesem Verfahren nicht darum, dass er ein Terrorist ist, aber er ist einer.“

Seit fast einem Jahr läuft eine Kampagne der Strafverfolgungsbehörden, Umweltaktivisten, Tierschützer und Anarchisten als Terroristen zu diffamieren und zu verfolgen. Im Mai 2005 erklärte John Lewis, der stellvertretende Chef der FBI-Antiterrorismusabteilung, die ELF sei die „größte inländische Terrorismusbedrohung“. In einer Fernsehsendung in Januar deckte ein Sprecher des FBIs die Karten auf. „Eine unserer Hauptkampagnen gegen inländischen Terrorismus richtet sich gegen die ALF, ELF und die Anarchistenbewegung. Und es ist eine landesweite Kampagne“.

<http://portland.indymedia.org/www.indybay.org/news/2006/02/1804742.php>  
Bilder: Chelsea und Daniel

Harold H. Thompson

## Schmerzbehandlung verweigert

Im Gefangenen Info 307 berichteten wir (S. 16) über die Situation des US-Gefangenen Harold H. Thompson, der in Folge eines Überfalls von Mitgliedern der „Arischen Bruderschaft“ in schlechtem Gesundheitszustand ist und dessen Haftbedingungen sich drastisch verschlechterten. Jetzt schickte uns Werner Braeuner einen weiteren Bericht:

„Am 26. Januar ist Harold geröntgt worden. Am 3. Februar wurde er einem Arzt, Dr. Adams, vorgestellt, der Harold unter Hinzuziehung des Röntgenbefunds medizinisch untersucht hat. Jener Dr. Adams hat Harold an einen orthopädischen Chirurgen bei der ‚special needs medical facility‘ in Nashville überwiesen, welche letztere eine Einrichtung der Gefängnisverwaltung ist. Dr. Adams war jedoch nicht bereit, Harold Schmerzmittel zu verschreiben, denn er sei lediglich ‚befugt‘, auf eine begrenzte Auswahl entsprechender Medikamente zurückzugreifen, welche ausnahmslos alle Aspirin enthalten würden. Wegen dessen blutverdünnender Wirkung dürfe Harold dieses wegen einer gehirnchirurgischen Behandlung in der Vergangenheit jedoch nicht erhalten. De facto wird Harold also eine Schmerzbehandlung verweigert.“

Einen exakten Termin für die Vorstellung beim orthopädischen Chirurgen konnte Dr. Adams Harold nicht nennen, merkte stattdessen lediglich an, „der Staat sei in solchen Dingen manchmal langsam“.

Daher braucht Harold weiterhin solidarische Unterstützung, um möglichst kurzfristig dem o.g. orthopädischen Chirurgen vorgestellt zu werden und um Schmerzmittel zu erhalten, die für ihn geeignet bzw. verträglich sind. Die LeserInnen des Gefangenen Infos werden gebeten, erneut an die in der Nr. 307 angegebenen Anschriften zu schreiben und zu fordern, Harolds medizinische Behandlung weder zu verzögern noch zu unterlaufen. Hier vorweg ein sehr herzlicher Dank an das Gefangenen Info und alle UnterstützerInnen.“

Die Adressen lauten:

Commissioner George Little/ Tennessee Department of Correction/ Rachel Jackson Building 4th Floor/ 320 Sixth Avenue North/ Nashville, Tennessee 37243-9465, U.S.A.

**Harolds derzeitige Postanschrift:**

Harold H. Thompson 93992/ West Tennessee State Penitentiary/ P.O. Box 1150/ Henning, Tennessee 38041-1150, U.S.A.

## Staatsterrorismus nach dem 11.9.

In den Wochen und Monaten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegen das WTC-Gebäude und das Pentagon wurden mindestens 1.200 muslimischen Männer, vorwiegend arabischer Abstammung, in einer massiven landesweiten Fahndung festgenommen. In November verhängte der damalige Justizminister John Ashcroft eine totale Nachrichtensperre über Anzahl und Identität der Festgenommenen wie auch über ihren Aufenthaltsort und darüber, was ihnen genau vorgeworfen wurde.

In Februar 2002 schätzte die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union die Anzahl der Festgenommenen auf ca. 2.000 wie die britische Zeitung The Independent berichtete.

Anfang 2003 mussten sich 5.000 Männer arabischer Abstammung „freiwillig“ zum Verhör bei der FBI melden, anschließend wurden weitere 3.000 bestellt. Eine unbekannte Anzahl dieser Männer wurden auch festgenommen.

Gleichzeitig gab die Einwanderungsbehörde bekannt, dass über 300.000 Menschen, davon 6.000 Muslimen überwiegend aus dem Mittleren Osten und Südostasien, nach dem Ablauf ihren Visen nicht ausgereist, sondern untergetaucht seien. Die Behörden wurden angewiesen, Jagd auf die 6.000 zu machen.

Wie viele insgesamt festgenommen wurden, ist unklar, sicher ist nur, dass die Anzahl der Festnahmen erheblich zunahm, wie eine Studie des Instituts Transactional Records Access Clearinghouse (TRAC) der Universität von Syracuse vom Dezember 2003 beweist. Die Bundesermittlungsbehörden überwiesen mehr als 6.400 Fälle an die Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung aufgrund der Terrorismusgesetze bzw. Antiterrorismusgesetze oder, um „möglichen oder geplanten Terroranschlägen vorzubeugen oder sie zu verhindern“. Da die Behörden den Zugang zu Daten erheblich eingeschränkt hatte, dürfte die tatsächliche Anzahl der Fälle viel höher liegen, erklärte TRAC. Bei den 2.681 abgeschlossenen Fällen gab es nur 879 Verurteilungen. Die durchschnittliche Haftstrafe lag aber bei nur 14 Tage, vier Menschen wurden zu 20 Jahre und einer zu lebenslänglich verurteilt.

Eine große Anzahl der Festgenommenen bzw. Verurteilten wurde nach und nach ausgewiesen. Die Behörden konnten sie auf keine Art und Weise weder mit den Anschlägen von 11. September noch mit Unterstützung von Terrorismus in Zusammenhang bringen. Ihr einziges Vergehen war, entweder gegen die Einwanderungsbestimmungen verstoßen zu haben, ein um wenige Tage abgelaufenes Visum, was vorher keinerlei Sanktionen zur Folge hatte, oder irgendwelche Kleindelikte. Viele wohnten jahrelang in den USA und besaßen eine gültige Aufenthaltserlaubnis, wie

zum Beispiel der Ägypter Ehab Elmaghraby.

Elmaghraby wurde in seiner Wohnung verhaftet, nachdem das FBI seinen Vermieter aufsuchen wollte, weil dieser sich Jahre zuvor für Flugunterror interessiert hatte. Er kam in das Gefängnis Metropolitan Detention Center (MDC) in New York, wo ca. 800 andere Männer aus der Gegend festgehalten wurden. Anschließend wurde er in den Hochsicherheitstrakt verlegt und nach etwa einem Jahr abgeschoben.

Der Pakistani Javaid Iqbal war ebenfalls monatelang im Hochsicherheitstrakt von MDC festgehalten worden. FBI-Agenten suchten ihn in seiner Wohnung auf, um seine Papiere zu kontrollieren. Dass sie dort eine Zeitschrift mit Bildern der brennenden Zwillingstürme fanden und dass er am 11. September bei der Einwanderungsbehörde in Lower Manhattan wegen einer Arbeitserlaubnis war, reichte aus, ihn festzunehmen.

Elmaghraby bekannte sich des Kreditkartenbetrugs schuldig und Iqbal wegen Besitzes von gefälschten Papieren und Scheckbetrugs, beide wurden abgeschoben.

Nach ihrer Abschiebung erklärten sie, sie seien unschuldig, sie hätten unter Druck gehandelt und wollten nur aus dem Knast. Anschließend strengten sie eine Anklage gegen Ashcroft und den damaligen Chef des FBI Robert S. Mueller III an wegen Verschwörung gegen die Rechte der Festgenommenen. Auch gegen ca. 20 Mitglieder der Gefängnisbehörden und Schließer in MDC gehen sie rechtlich vor.

Während sie im Gefängnis waren, wurden sie physisch und psychisch misshandelt, erklärten sie. Während sie gefesselt waren, wurden sie getreten und geschlagen, gegen die Wand geschleudert und als Terroristen beschimpft. Mehrfach mussten sie sich ausziehen und Untersuchungen der Körperöffnungen über sich ergehen lassen, einmal haben Schließer Elmaghraby eine Taschenlampe in den After geschoben, bis er blutete.

In einer Anhörung im letzten September plädierte die Regierung auf Nichtzulassung der Klage, weil die Anschläge von 2001 außerordentliche Maßnahmen zur Inhaftierung von verdächtigen Nicht-Bürgern rechtfertigten und führende Regierungsvertreter des Schutz vor rechtlicher Verfolgung bedürften. Das Gericht urteilte, dass nicht mal die Ereignisse vom September 2001 folgte dem nicht und ließ die Anklage zu.

Ende Februar legte die Regierung gegen

diese Entscheidung Berufung ein. Ein paar Tage später, am 28.2., berichtete die The New York Times, dass sich die Regierung mit Elmaghraby außergerichtlich geeinigt habe. Gegen Zahlung einer Entschädigung von \$300.000 wird er die Anklage nicht weiter verfolgen. Elmaghraby erklärte, er habe zugestimmt, weil er krank sei und demnächst operiert werde und erheblich verschuldet sei. Die Abmachung muss noch von einem Bundesgericht abgesegnet werden.

Das Justizministerium betonte, dies sei keine Schuldeingeständnis. Das wäre ja auch fatal, denn Javaid Iqbal prozessiert weiter. Außerdem muss noch in einem anderen Verfall verhandelt werden. In 2002 reichten Anwälte eine Sammelanklage im Namen von Hunderten von Menschen ein, die in MDC und in New Jersey festgehalten wurden.

### Totalverweigerung in der Türkei

## Mehmet Tarhan ist frei!

Der zu zweimal zwei Jahren Haft verurteilte türkische Totalverweigerer Mehmet Tarhan ist am Donnerstag, 9.3.06, aus der Haft entlassen worden. Dies ist besonders erstaunlich, weil das Militär-Berufungsgericht in Ankara eigentlich gar nicht die Kompetenz hat, solche Entscheidungen zu fällen.

Das Gericht hatte entschieden, dass er bei einem endgültigen Urteil mit großer Wahrscheinlichkeit keine höhere Haftstrafe zu erwarten habe, als er bisher verbüßt hat (er war im August 2005 zu vier Jahren verurteilt worden).

Zum einen ist dies natürlich ein Grund zur Freude, zum anderen aber bedeutet die Freilassung nicht, dass Mehmet jetzt in Ruhe gelassen wird. Das Gericht forderte ihn auf, sich bei seiner Einheit zu melden, was er aber nicht tat. Wie im Falle von anderen türkischen Kriegsdienstverweigerern (z.B. Osman Murat Ülke), kann er bis zu seinem 60. Lebensjahr wieder und wieder zum Militär berufen werden. Dieser Berufung wird er nicht Folge leisten, was weitere Prozesse nach sich ziehen könnte.

Weitere Infos unter: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de) und [www.connection-ev.de/Tuerkei/Tarhan03.html](http://www.connection-ev.de/Tuerkei/Tarhan03.html)

Bild: Solidaritätsaktion in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina, im Oktober 2005



# Kampagne für Pinar Selek

Die Soziologin Pinar Selek wird in der Türkei zu Unrecht eines Bombenanschlags bezichtigt. Ihr droht eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Um die Bemühungen für die Einstellung ihres Verfahrens zu intensivieren und um eine breitere Öffentlichkeit – insbesondere in der Türkei – herzustellen, hat ISKU eine Petition initiiert, die mit vielen Unterschriften an die Medien in der Türkei weitergeleitet werden soll. Kontakt zur Unterstützung der Petition: [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)



## Das Verfahren gegen die Soziologin Pinar Selek in der Türkei

Am 28. Dezember 2005 fand vor dem 12. Schwere Strafrichter in Istanbul eine Hauptverhandlung im Prozess gegen die Soziologin und Schriftstellerin Pinar Selek und drei weitere Angeklagte statt. Die vier sind angeklagt, im Auftrag der PKK an einer Explosion im Misir-Basar in Istanbul im Jahr 1998, bei der sieben Menschen getötet und 120 verletzt wurden, beteiligt gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft forderte eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Pinar Selek wurde im Juli 1998 festgenommen und von der Antiterrorabteilung der Polizei verhört. Die Polizei fragte sie nach Namen von PKK-Mitgliedern, die sie im Rahmen ihrer Arbeit an einem Buch über Militarismus und Frieden in der Türkei und Kurdistan interviewt hatte. (Veröffentlicht im Mai 2004; Originaltitel: Barisamadik)

Sie weigerte sich, Namen zu nennen, und wurde Berichten zufolge gefoltert, u.a. durch das Aufhängen an den Armen, Schläge und Elektroschocks an der Schläfe. Später wurde sie in das Gefängnis Bayrampasa überstellt, wo sie erfuhr, dass sie der Unterstützung einer terroristischen Organisation und der Mithilfe an der Organisation des Bombenanschlags im Misir-Basar angeklagt sei.

Im Jahr 2000 wurde Selek aus der Haft entlassen, nachdem eine Expertenkommission ein Gutachten erstellt hatte, wonach die Explosion nicht durch eine Bombe, sondern durch austretendes Gas verursacht wurde. Trotz dieser Entlastung wird der Prozess gegen sie und drei weitere Angeklagte – Alaattin Oget, Isa Kaya und Kadriye Kubra Sevgi – wegen Mitgliedschaft in der PKK und Straftaten, die mit diesem Vorfall in Zusammenhang stehen, vor dem Hohen Strafrichter (dem ehemaligen Staatssicherheitsgericht) fortgesetzt.

Nach der Anti-Terror-Gesetzgebung im türkischen Strafrecht ist es illegal, ein Mit-

glied der von der Regierung als terroristische Organisation eingestuften PKK zu sein. Dennoch scheint es keinen Beweis dafür zu geben, dass die Angeklagten Mitglieder der PKK sind.

Obwohl Selek aus der Haft entlassen wurde, gilt für sie ein Ausreiseverbot aus der Türkei bis zum Ende des Prozesses, der seit über sechs Jahren andauert.

Vor ihrer Haftzeit lebte und arbeitete Selek mit Straßenkindern und schrieb zwei Bücher über die Gewalt gegen Transvestiten sowie über Militarismus und die Hindernisse auf dem Weg zum Frieden. Sie graduierte in Soziologie an der Mimar-Sinan-Universität und absolvierte seit einem Jahr ihren Master-Studiengang, als sie verhaftet wurde. Nach ihrer Haftentlassung im Jahr 2000 vervollständigte sie ihre Magisterarbeit und erhielt ihren Master-Abschluss. Sie gründete außerdem die Frauenakademie Amargi und eine alternative Akademie für Geschichte in Urfa.

*Informationsquellen für diesen Fall: American Sociological Association, Initiative for Freedom of Expression*

*American Association for the Advancement of Science*

## Petition

Wir sind über den beigefügten Bericht tief besorgt und möchten unsere Hoffnung und Zuversicht ausdrücken, dass dieser Fall mit höchster Aufmerksamkeit behandelt wird und die Anklage gegen Pinar Selek bald fallengelassen wird, sofern keine glaubhaften Beweise veröffentlicht werden, die die Vorwürfe gegen sie belegen.

### ErstunterzeichnerInnen:

*Prof. Dr. Noam Chomsky (Linguist, Publizist, USA)*

*Prof. Ariel Dorfman (Lateinamerikanist, Dramatiker, USA)*

*Prof. Peter Cole (Linguist, USA)*

*Prof. Judith Blau (Soziologin, USA)*

*Prof. Josef B. Gunz (Soziologe, Österreich)*

*American Sociological Association (USA)*

*Jutta Treiber (Autorin, Österreich)*

*David Pisani (Fotograf, Moviment Graffiti, Malta)*

*Benno Herzog (Soziologe, Spanien)*

*Eva Quistorp (MdEP a.D., Frauen für Frieden, Deutschland)*

*Dr. med. Elisabeth Fries (Ärztin und Leiterin von refugio, Deutschland)*

*Prof. Dr. Gerhard Stuby (Völkerrechtler, Deutschland)*

*Yavuz Fersoglu (Diplomjurist, Landessprecher der Linkspartei.PDS Hamburg, Deutschland)*

# Kafka in Europa (Teil II)

In Belgien wurden erstmals hohe Haftstrafen gegen politische AktivistInnen mit der Begründung erhoben, sie hätten für eine linke türkische Organisation, die auf der EU- und US-Terrorliste steht, Pressekonferenzen organisiert und Übersetzungen getätigt. In Dänemark ging die Polizei gegen den Solidaritätsaufruf einer linken Gruppe im Internet vor.

## Hohe Haftstrafen gegen Menschenrechtler in Belgien

RechtsanwältInnen und ProzessbeobachterInnen waren überrascht und empört. Am Dienstagnachmittag wurden im belgischen Knokke bei Brüssel 7 Personen, darunter die deutsche Staatsbürgerin Sükriye Akar, zu langjährigen Haftstrafen zwischen 4 und 6 Jahren verurteilt. Sie werden beschuldigt, für die türkische Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) Texte übersetzt und Pressekonferenzen organisiert zu haben. Die DHKP-C ist zwar in der Türkei und in Deutschland, nicht aber in Belgien verboten. Obwohl die Urteile noch nicht rechtskräftig sind, da die Angeklagten Widerspruch angekündigt hatten, wurden 3 der Verurteilten auf Antrag des Staatsanwalts noch im Gerichtssaal verhaftet und in Handschellen ins Gefängnis gebracht.

Die Anklage erfolgte auf Grund eines im Dezember 2005 in Kraft getretenen Anti-Terror-Gesetzes, das bei diesem Prozess erstmals angewendet wurde. „Es ermöglicht jetzt auch in Belgien, die Bestrafung von legalen Aktivitäten in einem Menschenrechts- und Informationsbüro“, kritisierten JuristInnen und ProzessbeobachterInnen. Die machten sich nach der Urteilsverkündung mit lautstarken Protesten im Gerichtssaal bemerkbar. Aus Italien, Frankreich und Belgien haben mehrere Parlamentsabgeordnete und Intellektuelle, darunter der bekannte Schriftsteller Henri Alleg, Unterstützungserklärungen geschickt. An der Brüsseler Universität haben Lehrende und Studierende ein Komitee für Meinungs- und Organisierungsfreiheit gegründet, um die Angeklagten zu unterstützen.

Doch die Anklagebehörde gab sich unbeeindruckt.

„Es muss ein Beispiel für alle statuiert werden, die unser Land zu Stützpunkten des Terrors umwandeln wollen. Darum muss eine abschreckende Strafe ausgesprochen werden“, erklärte Staatsanwalt Johan Delmule in seinem Plädoyer. Die ProzessbeobachterInnen sehen die Gefahr, dass in Belgien legale Organisationen, nur weil sie auf irgendwelchen Terrorlisten stehen, kriminalisiert werden können.

Doch nicht nur in Belgien wird mit Verweis auf die Terrorlisten ermittelt und sanktioniert. In Dänemark ließ die Polizei vor einigen Tagen einen Aufruf der antiimperialistischen Organisation ‚Rebellion‘ von den Webseiten einer linken Zeitung, einer sozialistischen Jugendorganisation und der

linken Parlamentspartei „Rot-grünes Bündnis“ entfernen. In dem Texte war zur Solidarität gegen die Kriminalisierung von linken Organisationen aufgerufen und über einen Repressionsfall in eigener Sache informiert worden.

„Rebellion“ war ins Visier der dänischen Justiz geraten, weil sie Spenden für die kolumbianische FARC und die palästinensische PFLP sammelte. Diese Organisationen stehen ebenfalls auf den Terrorlisten von USA und EU. In dem Aufruf war „die demokratische Bewegung Europas“ zur Solidarität aufgefordert worden. JuristInnen sehen es als bedenkliches Zeichen, wenn jetzt schon Informationen über und Aufrufe gegen die Repression selber zum Gegenstand von Repression werden.

Peter Nowak

## Schweizer Polizisten freigesprochen ... die beim G8-Gipfel 2003 fast eine deutsche Kletterin töteten

Am 1. Juni 2003 seilten sich die beiden KletterInnen von der Aubonne-Brücke ab, um zu verhindern, dass eine G8-Delegation den Gipfel in Evian (FR) zu erreichen. Die Polizei kappte das Seil, das quer über die Brücke gespannt war, und tötete damit fast die beiden AktivistInnen. Martin Shaw (41, UK) stürzte ca. 25 Meter in die Tiefe und brach sich Becken, Wirbelsäule und das rechte Fußgelenk.

Trotz 5 Operationen ist er nicht geheilt und leidet weiterhin täglich an Schmerzen. Gesine Wenzel (27, DE) konnte von ihren Freunden auf den Brücken gerettet werden, die in letzter Sekunde ihr Seilende festhalten konnten. Sie leidet unter starken posttraumatischen Belastungsstörungen und unterzieht sich intensiver Behandlung.

Die Verteidigung der Polizisten zeigte sich unfähig, stichhaltige Argumente zu produzieren. Ihr Hauptargument war, dass das Seil nicht durchgeschnitten worden wäre, wenn die AktivistInnen es dort nicht hingehängt hätten.

Weiter argumentierte sie, dass die Einsatzkräfte trotz monatelanger Vorbereitungen auf den Gipfel auf eine derartige Kletteraktion auf einer Autobahn völlig unvorbereitet gewesen seien, obwohl die Brücken in der Nähe von Sicherheitskräften bewacht wurden. Die Neuartigkeit der Aktionsform und die gespannten Situation auf der blockierten Brücke wurde als Entschuldigung herangezogen, dass es den Beamten einfach nicht möglich war, vor ihrem Handeln nachzudenken. Das Video von der Aktion zeigt jedoch ganz klar, dass es vor Eintreffen der Polizei ruhig war und erst danach auf der Brücke das Chaos ausbrach.

„Wir sind sehr besorgt darüber, dass dieser Präzedenzfall der Schweizer Polizei für

„neue“ oder „angespannte“ Situationen einen Blankoscheck ausstellt,“ sagte Gesine Wenzel nach der Urteilsverkündung.

„Hier wurde die Polizei reingewaschen!“ sagte Martin Shaw. „Wir erleben hier ein Theaterstück, die Fassade eines gerechten Verfahrens, gespielt von der Schweizer Jurisdiktion. Sie behaupten, dass die Sicherheitskräfte für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen würden. Studien (\*) zeigen jedoch, dass nur 7% aller Fälle von Polizeibrutalität vor Gericht verhandelt werden und nur 1.3 % mit einer Verurteilung enden. Wir hatten hier keine realistische Chance.“

„Wir haben die Aubonne-Brücke mit einer direkten Aktion gesperrt, weil wir allen Glauben in die Integrität unserer politischen und juristischen Systeme verloren haben,“ sagte Martin Shaw. „Die Leute müssen ja selbst zu direkten Aktionen greifen, wenn Urteile wie dieses so klar zeigen, dass wir von den Gerichten weder Gerechtigkeit erwarten können noch Schutz vor der Polizei.“

„Dies ist ein kleines Kapitel im globalen Kampf zwischen den neoliberalen Kräften und jenen, die für eine gerechte, humane und nachhaltige Welt kämpfen,“ sagte Gesine Wenzel. „Ein anderes wird gerade in Genua geschrieben, bei dem Prozess gegen die 29 Polizeibeamten, die während des Gipfels in Genua 2001 durch ihre unglaubliche Brutalität auffielen“

Mehr Informationen finden sich auf [www.aubonnebridge.net](http://www.aubonnebridge.net).  
PE, Quelle: [indymedia.de](http://indymedia.de), 17.2.2006

\*z.B. „Gewalt zwischen Polizei und Bevölkerung“  
Dr. Patrik Manzoni (Rüegger Verlag 2003)

## Repression gegen Berliner AntifaschistInnen geht weiter!

Am Dienstag, den 21.2.06, durchsuchten Polizisten des Berliner LKA die Wohnung von zwei 17-Jährigen Mädchen aus dem Bezirk Pankow. Bei einem der Mädchen wurde sogar die Tür eingetreten. Den beiden wurde vorgeworfen, an einem Raub im November letzten Jahres beteiligt gewesen zu sein. Damals soll ein Jugendlicher, welcher nach Angaben der Polizei der rechten Szene zuzuordnen ist, überfallen worden sein. Nachdem sich beide Mädchen im Anschluss an die Durchsuchung auf der Gefangenessammelstelle am Tempelhofer Damm einer demütigenden und sechsstündigen Prozedur, inklusive nackt Ausziehen und Identitätsbehandlung ohne Einwilligung der Eltern, unterziehen mussten, beschlagnahmten sie die Mobiltelefone der beiden Minderjährigen. Danach ließ man sie wieder zurück in ihre vollkommen ver-

wüsteten Wohnungen.

Bei einem Mädchen wurde wohl ein Tagebuch gefunden, in dem Patrick T. einer Mittäterschaft bezichtigt worden sein soll. (P. wurde erst kürzlich bei den Protesten gegen einen Neo-Nazi-Großaufmarsch in Schweden verhaftet und saß dort einen Monat in Untersuchungshaft.) Sehr wahrscheinlich haben sich die Beamten des LKA direkt im Anschluss einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung von Patrick bei der Staatsanwaltschaft besorgt. Am selben Tag wurde die WG einiger AntifaschistInnen im Prenzlauer Berg durchsucht, in der er auch wohnt. Laut Durchsuchungsbefehl wurde Patrick die Mittäterschaft bei diesem Raub vorgeworfen.

Im Durchsuchungsbeschluss wird aufgeführt, dass er einen Nazi zusammengeschlagen und ausgeraubt haben soll. Die Polizisten suchten in der Wohnung die „Tatbeute“. Bei dieser handle es sich um einen schwarzen „Eastpack“-Rucksack mit der Aufschrift „Thor“, einen Wohnungsschlüssel sowie 12-14 CDs. Gegen 16.00 Uhr öffnete ein Bewohner der WG die Tür und wurde sofort an eine Wand gedrückt und durchsucht. Unverzüglich betraten nicht weniger als 15 LKA-Beamte in die Wohnung.

Die Beamten positionierten sich zudem vor dem Haus, im Hausflur und auf dem Hinterhof. Da der Durchsuchungsbefehl nur für die Wohnräume von P. ausgestellt war, durften sie die anderen Zimmer der BewohnerInnen weder durchsuchen noch betreten. Da sich einige Beamte jedoch nicht an diese Vorschrift hielten, sondern stattdessen in den Räumen umherliefen und sich einige Dinge notierten, die z.B. an den Wänden der Mitbewohner stehen bzw. hängen, wurde telefonisch ein Anwalt benachrichtigt. Erst nach der Androhung einer Dienstaufsichtsbeschwerde seitens des Rechtsanwaltes verließen die Beamten die Zimmer. Die Anwesenden waren während der Durchsuchung dummen Sprüche, ständigen Provokationen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Patrick wurde die ganze Zeit über mit Sprüchen über Schweden konfrontiert (z.B.: „Wenn dir der Staat hier nicht gefällt, dann wandere doch aus. Nach Schweden!!!!“), und immer wieder wurde versucht, ihn zu einer Aussage zu drängen.

Nach zwei Stunden waren die Beamten fertig. Sie beschlagnahmten einen handgeschriebenen Zettel und eine Metall-Kassette, die nicht zu öffnen war, weil es dafür keinen Schlüssel gibt. Von der so genannten „Tatbeute“, welche laut dem richterlichen Schreiben gesucht wurden, ist nichts aufgefunden worden. Des weiteren wurde das Zimmer ebenfalls enorm verwüstet hinterlassen.

Zudem hatte P. von seinem Recht Gebrauch gemacht, eine unabhängige Zeugin hinzuzuziehen, und somit beobachtete eine Nachbarin die Durchsuchung. Kurz nachdem diese beendet war, wurde das Mo-

biltelefon dieser Frau beschlagnahmt.

Als sie gegen die Maßnahme protestierte und eine Begründung einforderte, wurde ihr lediglich mitgeteilt, dass der Beschuldigte Patrick damit telefoniert hätte und sie nicht beweisen könne, dass es sich um ihr Telefon handle.

Trotz der Vorlage entsprechender Unterlagen, die die SIM-Karte des Handys eindeutig als ihr Eigentum auswies, rückten die Beamten nicht von ihrem Vorhaben ab. (Als Patrick in Schweden festgenommen worden war, war die Nachbarin als Rechtsbeobachterin während des Prozesses tätig und half auch der Soligruppe Schweden.) Wir werten die Durchsuchungen sowie die rechtswidrige Beschlagnahme der Telefone als einen gezielten Angriff auf die gesamte linke Bewegung und den Versuch, fortschrittliche Arbeit zu verhindern sowie Strukturen zu durchleuchten

Wir fordern daher:

- die unverzügliche Einstellung der Verfahren
- die Herausgabe der beschlagnahmten Sachen, insbesondere der Telefone
- sowie das sofortige Ende der andauernden Repression gegen linke Gruppen und Menschen

Durch die Durchsuchungen und das Verfahren in Schweden, welches noch nicht vorbei ist, sind wir nach wie vor dringend auf Spenden angewiesen.

Wie das funktioniert oder wenn ihr sonst irgendwie helfen wollt, geht auf die Internetseite der Soligruppe Schweden, oder ihr schickt eine Mail, die dann auch beantwortet wird.

Kontakt: [www.soligruppe-schweden.tk](http://www.soligruppe-schweden.tk)

E-Mail: [soligruppeschweden@web.de](mailto:soligruppeschweden@web.de)

Telefon: 0176/26223350

**Hoch die internationale Solidarität!!!!**

## fight racism in berlin-grünau

Bei einem Aufruhr im Abschiebungsgewahrsam in Grünau haben Insassen in der Nacht zu Dienstag im zweiten Stock des Hauses 3 fünf Matratzen in Brand gesteckt. Verletzt wurde bei der Aktion niemand. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden. Doch wegen der starken Rauchgasentwicklung mussten von den insgesamt 105 Insassen 32 Männer aus 16 Nationen sowie 17 Frauen aus dem darüber liegenden Stockwerk in andere Gebäudeteile verlegt werden. Nach Polizeiangaben soll sich die Lage gegen 1 Uhr beruhigt haben. Polizeipräsident Dieter Glietsch fuhr in der Nacht zum Gewahrsam, um sich am Ort davon zu überzeugen, dass das Personal die Gefahrenlage professionell bewältigt hat, wie es bei der Polizei hieß.

Der Abschiebegewahrsam Grünau geriet in der Vergangenheit immer wieder in die Schlagzeilen: Flüchtlingsverbände und

Seelsorger kritisieren regelmäßig die schlechten Haftbedingungen für die Insassen. Abschiebehäftlinge hätten weniger Rechte als Untersuchungshäftlinge. Und dies, obwohl sie keine Straftäter sind, sondern nur festgenommen wurden, weil sie sich unberechtigt in Deutschland aufhalten. Nach dem Ausländergesetz darf inhaftiert werden, wer vorher bereits einmal untergetaucht ist. Es reicht aber auch der begründete Verdacht, jemand wolle sich der Abschiebung entziehen.

Kritisiert wurde vor allem die lange Haftdauer bis zur Abschiebung der Insassen. Anfang 2003 hatte es innerhalb weniger Wochen 30 Suizidversuche gegeben. Viele Insassen traten in einen mehrwöchigen Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen und die lange Haftdauer zu protestieren. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) ging nach der Serie von Suizidversuchen von einem „Nachahmungseffekt“ aus, weil Häftlinge damals nach einem Selbstmordversuch automatisch aus dem Gewahrsam entlassen wurden. Dies wurde geändert: Wer versucht, sich im Gewahrsam umzubringen, kommt nach der ärztlichen Behandlung wieder in die Zelle zurück. Doch seit 2003 hat die Polizei einiges getan, um die Haftbedingungen zu verbessern: So wurden Teile der Innengitter entfernt, Tischtennisplatten aufgestellt und Arbeitsbeschäftigungsprogramme angeboten. „Die Verweildauer im Gewahrsam ist seit längerer Zeit rückläufig: Die meisten sitzen weniger als zwei Monate ein“, sagte ein Sprecher der Innenverwaltung.

Bei der Revolte in der Nacht zu Dienstag sollen sich nach ersten Ermittlungen die Insassen mit einem 63-jährigen Mazedonier solidarisiert haben, der zuvor versucht hatte, sich auf einer Toilette zu erhängen. Wachleute fanden nach Polizeiangaben den Mann aber noch rechtzeitig und konnten sofort erste Hilfe leisten. Der Grund für den Suizidversuch: Der Häftling soll darüber deprimiert gewesen sein, dass ihm die Kosten für Verpflegung und Unterbringung im Gewahrsam in Rechnung gestellt werden. „Diese so genannten Sicherheitsleistungen sind üblich. Doch vielen Insassen ist das nicht bekannt“, sagte ein Polizeisprecher. 62 Euro beträgt der Tagessatz pro Häftling. „Als die 14 anderen Insassen auf der Etage davon erfuhren, haben sie zunächst das Essen verweigert“, hieß es bei der Polizei. Gegen 0.30 Uhr verbarrikadierten die Männer dann die Türen zum Flur mit Möbeln aus der Zelle und zündeten die Matratzen an.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Jasenka Villbrandt, kritisierte gestern die Tatsache, dass „die Betroffenen für die Zeit ihrer Inhaftierung kräftig zur Kasse gebeten werden, zumal ihr einziges Vergehen darin besteht, keine Aufenthaltsgenehmigung zu haben“. Sie appellierte an den Senat und die Ausländerbehörde, dass „Abschiebehäft so selten und so kurz wie möglich beantragt wird“. Die meisten In-

sassen hätten das Geld für die Unterkunft nicht. „Dies wird ihnen in Rechnung gestellt. Wenn sie dann eines Tages legal nach Deutschland einreisen, sind sie total verschuldet“, sagt Villbrandt. Auch der katholische Gefängnisseelsorger Dieter Müller hat Verständnis für die Proteste: Er ist dafür, dass den Inhaftierten ein ausreichend hoher Betrag gewährt wird, der nicht für die Haftkosten gepfändet wird?

Der Vorfall in Grünau erinnert an eine Brandkatastrophe in einem anderen Abschiebegewahrsam. Im Januar 1984 waren sechs Ausländer im damaligen Abschiebegewahrsam am Augustaplatz in Lichtenfelde verbrannt, nachdem sie ihre Matratzen angezündet hatten, um gegen ihre bevorstehende Abschiebung zu protestieren.

## Neumünster: Demonstration gegen Abschiebelager

Am 1.4. soll in Neumünster eine so genannte „Gemeinschaftsunterkunft für Ausreisepflichtige“ eröffnet werden. In dieser besser als Abschiebelager zu bezeichnenden Einrichtung sollen in Zukunft Flüchtlinge kaserniert werden, deren Asylantrag als „aussichtslos“ abgelehnt wurde, oder Flüchtlinge, denen unterstellt wird, sie würden nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitarbeiten, weil sie z.B. vermeintlich falsche Angaben über ihr Herkunftsland machen.

Formal ist dann in Neumünster niemand eingesperrt. Die Flüchtlinge können die Einrichtung durch ein von Wachleuten kontrolliertes Tor verlassen und nach Ausweiskontrolle wieder betreten. Als Fußfessel funktioniert die Residenzpflicht, die Flüchtlingen verbietet, die Stadtgrenzen Neumünsters zu verlassen.

Durch die Bedingungen im Lager: kaum soziale Kontaktmöglichkeiten, statt Bargeld lediglich ein Bett in einem Gemeinschaftszimmer und drei Mahlzeiten pro Tag, bei „gutem Benehmen“ noch ein paar Euro Taschengeld in der Woche, die von der Lagerverwaltung jederzeit wieder gestrichen werden kann etc., sollen jeder Widerstand der Betroffenen gegen die Ablehnung ihrer Asylanträge unmöglich gemacht werden. Schon allein, weil sie kein Geld für einen Anwalt zur Verfügung haben.

Sinn und Zweck des Abschiebelager ist aus Sicht der Behörden, dass Flüchtlinge nach Jahren des Lagerlebens entnervt Deutschland „freiwillig“ verlassen und die Verhältnisse, aus denen sie geflohen sind, denen im Lager vorziehen oder, in den meisten Fällen, das Lager verlassen und nunmehr illegal ohne jegliche Unterstützung, Krankenversicherung etc. überleben müssen.

**Demonstration gegen das Abschiebelager: 18. März, um 12.00h. Großflecken NMS**  
Weitere Infos unter: [www.grenzgaenger-nms.de](http://www.grenzgaenger-nms.de), [www.hiergeblieben.info](http://www.hiergeblieben.info), oder [www.avanti-projekt.de](http://www.avanti-projekt.de)

# Revolution oder Kunst?

**Dank vieler Spenden konnte im Dezember „Widerstand braucht viele Sprachen“ mit Gebrauchsgrafik und Texten von Jürg Wehren erscheinen – Eine Sammlung mit seinen Bildern, Texten und Bildergeschichten für Kinder. Dazu kommen Beiträge aus dem Freundeskreis.**

„Widerstand braucht viele Sprachen.“ Das ist eine Parole, die vielleicht deshalb so oft wiederholt wird, weil ihre Umsetzung so schwer fällt. Unter diesem Titel ist nun ein Buch erschienen. Nein, kein theoretisches Traktat, sondern es geht um einen Schweizer, der auszog und das Fürchten nicht lernte. Im Knast, einer Station auf dem Weg von Jürg Wehren, machte er sich Bilder und Schreiben als Waffe im Widerstand zu eigen. Seine „Gebrauchsgrafiken“, Texte und Übersetzungen waren in seiner Lage eine Möglichkeit, am Kampf für eine gerechte Gesellschaft beteiligt zu bleiben, wie zuvor mit seiner praktischen Arbeit und seinen Kochkünsten.

Das Buch versammelt nun für seine FreundInnen Erinnerungsstücke und lässt jene, die nicht das Glück hatten, Jüre persönlich kennen zu lernen, an seinem Leben teilhaben. Es erlaubt einen persönlichen Eindruck von einem Menschen, der sich bis zum letzten Schlag seines großen Herzens immer da einmischte, wo er es gemeinsam mit anderen für richtig hielt.

Eigentlich war ein Katalog zu einer Ausstellung mit Linolschnitten und Plakaten geplant, die der VORWÄRTS im Frühjahr 2001 in der Roten Fabrik organisierte. Doch es wurde ein eigenständiges Projekt, in dem Jüres Arbeiten die Gliederung und das Format vorgeben. Um seine Plakate und Linolschnitte erfahrbar zu machen, wählte der einfühlsame Gestalter Stefan Huber ein Großformat, um die vielen Details der Arbeiten erkennen zu können. Ausklappbare Seiten erreichen eine Größe bis zu A3, ohne vom Buchrücken den Blick verstellt zu bekommen.

Ein Katalog barg die Gefahr, Jüres Leben auf die Bildkunst zu verengen. Er war aber stets mit all seinen Talenten aktiv, weshalb die HerausgeberInnen dafür sorgten, vielen Facetten Raum zu geben. Es wurden Texte aufgenommen, die Jüre für die WOZ verfasst hatte. In Beiträgen berichten FreundInnen über ihre Begegnungen, ihre Zusammenarbeit und ihr Zusammenleben mit ihm.

Viele Texte und Bilder sind noch aktuell. Da ist die Solidarität mit Flüchtlingen, mit denen Jüre in seinen letzten Jahren intensiv zusammengearbeitet hatte. Am eigenen Leib erlitt er die „Gesundheitsversorgung“ im Knast. Weil sein Herzinfarkt ignoriert worden war, führte ihn sein Weg nach der Entlassung direkt auf die Intensivstation eines

Spitals, wo er um sein Leben kämpfte. Die irreversiblen Schäden prägten sein Leben, haben ihn aber nicht zum Aufgeben, ihn aber mit 48 Jahren früh ums Leben gebracht.

Das Buch erinnert auch an fast vergessene Kämpfe. An die Härte, mit der gegen Dienstverweigerer vorgegangen wurde. Mit zwanzig Jahren wurde Jüre, damals Abgänger des Gymnasiums in Biel, dafür von einem Militärgericht zu elf Monaten Haft verurteilt, der damals höchsten Strafe in der Schweiz für dieses „Delikt“.

Als Baumaschinist verfolgte er die Befreiungskämpfe im fernen Vietnam und Uruguay genauso wie die im nahen Baskenland oder in Nordirland. Er fühlte sich auch Arbeiterkämpfen in Frankreich oder Italien verbunden. Als Arbeiter, der ein kilometertiefes Loch in den Grimsel bohrte, unterstützte er Streiks genauso wie den Häuserkampf in Zürich, wo er später lebte.

Dort wurde er 1981 mit seiner Freundin Claudia Bislin verhaftet und zu fünfzehn Jahren Knast verurteilt. Die beiden traf ein exemplarisches Urteil „wegen Besitz von Sprengstoff in verbrecherischer Absicht im terroristischen Umfeld“. Verrat, hier genauso wie bei Jüres Ausbruch aus dem Knast in Regensdorf, als er mit zwei Freunden schon auf der Mauer saß.

Die Isolationshaft förderte Jüres Beschäftigung mit Bildern. In seinem Text „Widerstand braucht viele Sprachen“ beschreibt er die Entwicklung. Dem Gefangenen mangelte es an Bildern und so richtete sich sein Blick nach innen.

In den praktischen Ergebnissen erkannte er auch Positives im Umgang mit der Zensur: Die Bilder „waren oft eine bessere Möglichkeit“, sich nach außen zu vermitteln. „Ich lernte rasch, dass meine Wächter ihnen verständnislos gegenüberstanden, ihnen diese Ebene der Kommunikation verschlossen blieb.“ Mit seinen gesamten Arbeiten blieb er Teil der Bewegung draußen.

Doch diese kritisierte er auch hart. Die Texte von „Flugblättern und Dokus“ der Linken seien oft „wie Strafaufgaben“ geschrieben. „In einer flachen, dünnen, grauenvollen Sprache, die nichts anderes dokumentiert als eine erschreckende Entfremdung von allem Lebendigen.“ Die Bilder: „Schrott. Nicht eng verbunden mit unseren Kämpfen als das breite Grinsen der Werbespot-Hausfrau mit dem klinischen Weiß ihrer Fernsehwäsche.“ Das Ganze mit einer antiquierten Symbolik verquillt: geschwellte Proletenfäuste und die Darstellung von Kapitalisten wie aus der „Mottenkiste eines Stadttheaters“.

Lust werde „spitz gesagt“ als „Verdachtsmoment“ gesehen, weil die Revolution schließlich kein Spiel sei. Dort, wo die „Kämpfe schärfer sind als hier“, stoße die „Kunst und Literatur auf weit weniger Misstrauen als hier“. Filme, Plakate, Murales, Volksliteratur und Musik eigneten sich die Menschen im Trikont als „Teil der kämpferischen Identität“ an.

Die HerausgeberInnen Claudia Bislin, Sonja Hug, Edi Lehmann und Marc Rudin haben

seine Worte ernst genommen. Seine FreundInnen haben weder eine seelenlose Bleiwüste produziert, noch Jüre in eine Schablone eines heldenhaften Widerstandskämpfers gestanzt, der hoch auf einem Sockel über den Lebenden thront. Aus verschiedenen Bruchstücken, Fotos, Zeichnungen, Drucken, Plakaten und Texten haben sie stattdessen ein lebendiges Gesamtbild geformt.

Seine Gedanken und Arbeiten bleiben der kollektiven Geschichte und der Zukunft des Widerstands erhalten. Der, dessen Herz aufgab, kann selbst in den Herzen derer fortleben, die ihn nicht gekannt haben.

*Ralf Streck, aus: Vorwärts, sozialistische Wochenzeitung, Schweiz, 3/06*

**„Widerstand braucht viele Sprachen“ – Gebrauchsgrafik und Texte von Jürg Wehren (Edition 8, 2005, 36 Franken).**

## Buena Memoria

**Erinnerung an die Militärdiktatur in Argentinien**

**Buena Memoria von Marcelo Brodsky ist ein persönliches, trauerndes Buch über die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur. Am 10. März 2006 ist der Putsch in Argentinien genau 30 Jahre her.**

„Wir Kinder sind mit der Angst groß geworden, die immer noch zu spüren war, weil der Putsch so brutal gewesen ist“, erklärte Andrés, Schüler des Colegio Nacional in Buenos Aires. Mehr als 30.000 Menschen ließen die argentinischen Militärs während ihrer Diktatur von 1976 bis 1983 spurlos verschwinden. Nicht nur in Chile, auch in mehreren anderen lateinamerikanischen Staaten putschten sich in den siebziger Jahren ultrarechte Militärs mit Unterstützung der USA an die Macht, um die linke Opposition niederzumachen. Damit die Desaparecidos, Verschwundenen, nicht vergessen werden oder nur als namenlose Opfer an sie erinnert wird, hat Marcelo Brodsky gemeinsam mit anderen ehemaligen Schülern des Colegio Nacional dort 1996 Fotos und Erinnerungen an die 105 namentlich bekannten verschwundenen ehemaligen Mitschüler ausgestellt. Andrés beschreibt in Buena Memoria, wie diese Fotos auf ihn wirkten: „Sieht man einen Jugendlichen auf einem der Fotos, denkt man sofort an einen der eigene Mitschüler. Auf den Tafeln liest man von Situationen, die wir so heute noch erleben. Man kann es nicht vergessen. Man kann nicht wegschauen und behaupten, es sei nichts geschehen.“

Marcelo Brodsky hat während der Ausstellung heutige Schüler fotografiert, wie sich ihre Gesichter beim Betrachten auf dem Glas der Fotos aus den siebziger Jahren spiegeln. Diese sind als „Brücke der Erinnerung“ Teil der Ausstellung Buena Memoria, die in dem jetzt erschienenen gleichnamigen Buch dokumentiert wird. Auch der kurze Text von

Andrés ist aus dem zweiten Teil der Ausstellung. Im ersten Teil geht Brodsky vom Klassenfoto seiner Einschulung 1967 in die 8. Klasse aus. Die meisten Köpfe sind eingekreist und mit Notizen beschreiben. Zwei sind durchgestrichen, die Verschwundenen aus seiner Klasse. Er porträtierte die ehemaligen Klassenkameraden einzeln vor einer Vergrößerung des alten Fotos. Über Nestor, Verwalter eines Lagerhauses, steht neben seinem Portrait, er hätte Angst gehabt und deshalb lange gezögert, sich fotografieren zu lassen. Eduardo war mehrere Jahre als politischer Häftling im Gefängnis und arbeitet heute als Psychologe. Silvana arbeitet im Bildungsministerium an Schulprogrammen. Leonor war nach Israel ausgewandert, ist dort arbeitslos geworden, nach Argentinien zurückgekehrt und arbeitet als Psychologin. Alfredo ist der einzige, der noch in einer linken Partei aktiv ist, der FREPASO, Front für ein solidarisches Land, in der unter anderem die KP mitwirkt. Claudio ist tot: „Als die Faschisten eines Tages an die Tür des Colegio kamen, stellte er sich ihnen mit erhobenen Fäusten entgegen, und sie schlugen ihm den Kopf ein.“ Das war noch vor dem Militärputsch. Martín Berco- vich wurde 1976 entführt und ist seither verschwunden. „Martín war der beste Freund, den ich im Leben hatte. Ich träume noch oft von ihm, obwohl schon zwanzig Jahre ver- gangen sind, seit sie ihn mitnahmen“, schreibt Brodsky. Auf dem letzten Foto von Martín ist ein 21-jähriger großer Junge zu sehen, der mit seinen Eltern segelt. Durch- schnittlicher argentinischer Mittelstand, wie die ganze Klasse. Und alle kennen jemanden, den die Militärs als Subversiven verschwin- den ließen.

In dem Abschnitt „Nando, mein Bruder“ sind private Fotos der Eltern von Marcelo und Fernando Brodsky zu sehen. Fernando trägt auf einem Foto ein T-Shirt mit Che Guevara drauf. Das letzte Foto von Fernando hat ein Mitgefangener in der Marineschule für Me- chanik aufgenommen und herausgeschmug- gelt. Fernando schaut darauf traurig in die Kamera. Die Mutter hat einen Ort der Erin- nerung gestaltet: „Diesen kleinen Altar er- richtete Mama im Eßzimmer ihrer Wohnung neben einer Büste von Fernando, die sie selbst anfertigte. Die Menorah und die kleinen Ein- wandererpuppen mit der Torah unter dem Arm erzählen davon, wie meine Eltern in den Jahren der schlimmsten Angst Zuflucht in den Traditionen und einer gewissen Abge- schiedenheit der jüdischen Gemeinde fan- den.“

Das Erinnern in Buena Memoria an die Ver- schwundenen der Militärdiktatur in Argenti-

nien ist eindrücklich, auch wenn deren poli- tische Vorstellungen kaum vorkommen. Poli- tische Hintergrundinformationen kann und will Buena Memoria nicht geben, es geht dar- um, mit welcher staatsterroristischen Tota- lität und Gewalt die Militärdiktatur in das Le- ben ganz gewöhnlicher Jugendlicher aus Mittelschichtsfamilien eingriff. Die Innensei- ten des Umschlages zeigen braune Wellen. Hinten steht: „Sie warfen sie in den Fluß. Er wurde zu ihrem Grab, das nicht existiert.“ Die argentinischen Militärs warfen ihre Verhaf- teten, nachdem sie sie gefoltert hatten, oft über dem Meer oder dem La Plata lebendig aus Flugzeugen oder Hubschraubern ins Wasser. 1978 fand unter diesen Bedingungen in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft statt. Die BRD spielte dort gerne mit und ko- operierte auch sonst ebenso wie die USA ge- rne mit der Militärdiktatur. Aber dies ist nicht das Thema des gut ausgestatteten, beein- druckenden Ausstellungsbuches. Brodskys Buch lässt sich entnehmen, was die prowest- liche, antikommunistische Militärdiktatur an freedom and democracy für Jugendliche be- deutete, die sich für linke Bewegungen in- teressierten. Dabei gibt es in der Erinnerung an die Diktatur und ihre Opfer auch in Ar- gentinien eine Tendenz zur Versöhnung, zur Nivellierung. Auch in einem (einzigem) Text in Buena Memoria. Der Journalist Martín Ca- parrós beendet seinen Beitrag so: „Heute le- ben wir in einer Zeit, die so anders ist als die

damalige und doch so gleich. Mir gefällt die Vorstellung, daß die heutige Zeit unter ande- rem auch aus dieser Konfrontation hervor- gegangen ist - aus der Konfrontation dieser Gesichter, die für das Argentinien von da- mals und von heute stehen und miteinander reden und manchmal sogar, fast ohne es zu bemerken, einen Konsens erreichen.“ Kon- sens worüber?

In einem Gedicht von Marcelo Brodsky wird die Ambivalenz deutlich, mit der er als durch die ultranationalistische Militärdikta- tur Unterdrückter und für Jahre in Exil Ge- triebene trotzdem an dem für argentinische Linke so typischen positiven Bezug auf die Nation festhält: „Tote, Tote/auch das gabst du mir, Argentinien/und es ist nicht so, daß ich dich nicht liebe/aber diese freunde, diese wenigen Freunde/die Brüder, die nicht wie- der geboren werden/wofür? Wofür?/für nichts.“ José Pablo Feinmann, der dies in sei- nem Vorwort zu Buena Memoria zitiert, per- sonalisiert den Nationalstaat, in dessen Na- men die Militärs wüteten, ebenso wie Brod- sky, wenn er über dessen Gedicht schreibt: „Es ist ja nicht so, daß er Argentinien nicht lie- ben würde, schließlich lieben wir alle dieses Land, aber Brüder werden nur einmal gebo- ren.“

*Gaston Kirsche*

**Marcelo Brodsky: Buena Memoria. Hatje- Cantz, Ostfildern 2003, 96 Seiten, 144 far- bige Abb., 14, 80 Euro**



## So oder So Nr. 16 erschienen:

Auch diesmal haben wir wieder interessante und wichtige Artikel aufgenommen. Angesichts eines möglichen Krieges gegen den Iran stellen wir die Frage: Ist die Linke in der moralischen Falle? Der „Anti-Terror-Krieg“ muss dafür herhalten, Folter und Lagerhaft international durchzusetzen. „The Torture Tree“ nennt einige der Verantwortlichen.

Im Sommer 2007 findet der G8-Gipfel diesmal wieder in Deutschland statt. Libertad! engagiert sich schon jetzt in der Vorbereitung der Gegenmobilisierung. Deshalb liegt dieser So Oder So die erste Ausgabe des „G8xtra“ bei, einer Zeitung der Interventionistischen Linken.

Außerdem: National gut aufgestellt / Krieg gegen Iran und die WM in Deutschland - Prozess wegen Online-Demo gegen Lufthansa / Gewalt mittels elektrischer Impulse - Terror der Schwachen, Terror der Starken / Ist die Linke im Iran-Konflikt in der moralischen Falle? - Griechenland: 17N Prozess reloaded - Europäisches Sozialforum - Feuer frei auf die Achse des Bösen / Foltern für den Bündnisfall - The Torture Tree - Baskenland: Massenprozess in Madrid - Im Tal der türkischen Wölfe / Kurdistan nach dem Irak-Krieg - Etienne Balibar über den Aufstand in den französischen Banlieues - Reiseeindrücke aus Kolumbien - Puerto Rico: Der Tod des Machetero - webwatcher: Denunziation online / Guantanamo-Site gehackt / Moslem-CyberWar

**E-Mail: [gnn-hhsh@hansenet.de](mailto:gnn-hhsh@hansenet.de)**

Das **Gefangenen Info** ist aus dem Angehörigen Info hervorgegangen. Es erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040) 43188820, Fax: (040) 43188821, eMail: [gnn-hhsh@hansenet.de](mailto:gnn-hhsh@hansenet.de)

Einzelpreis: 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Gesamtherstellung:** GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenver-

breitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Redaktionsschluss für Nr. 310: So, 2.4.06**